

Das Assoziierungsabkommen mit der EU: Welcher Anteil am Binnenmarkt für die Ukraine?

Batura, Olga

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Batura, O. (2016). Das Assoziierungsabkommen mit der EU: Welcher Anteil am Binnenmarkt für die Ukraine? *Ukraine-Analysen*, 162, 2-4. <https://doi.org/10.31205/UA.162.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



ASSOZIIERUNGSABKOMMEN MIT DER EU HISTORISCHE NARRATIVE UND GEDENKPRAKTIKEN

■ ANALYSE		
Das Assoziierungsabkommen mit der EU: Welcher Anteil am Binnenmarkt für die Ukraine?		2
Von Olga Batura, Lüneburg		
■ UMFRAGE		
Die Ukraine zwischen den Wirtschaftsunionen		5
■ STATISTIK		
Güterhandel der Ukraine mit der EU-28, Russland und anderen GUS-Staaten		6
■ DOKUMENTATION		
Reaktion der Regierung auf das Handelsembargo Russlands gegen die Ukraine		8
Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Assoziierungsabkommen		9
<hr/>		
■ ANALYSE		
Historische Narrative und nationale Identität: Der Zweite Weltkrieg in russischen und ukrainischen Geschichtslehrbüchern		13
Von Lina Klymenko, Joensuu		
■ UMFRAGE		
Die Sehnsucht nach der Sowjetunion in Umfragen		17
Befürwortung der OUN-UPA in Umfragen		18
■ DOKUMENTATION		
Stellungnahme der Venedig Kommission des Europarates zum Dekommunisierungsgesetz		20
Gedenkpraktiken im Jahr 2015 laut den Berichten der OSZE-Beobachtermission		21
Erlasse von Präsident Poroschenko zur Geschichtspolitik		27
<hr/>		
■ CHRONIK		
7. Dezember 2015 – 24. Januar 2016		30



Das Assoziierungsabkommen mit der EU: Welcher Anteil am Binnenmarkt für die Ukraine?

Von Olga Batura, Lüneburg

Zusammenfassung

Am 1. Januar 2016 ist das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine, inklusive des umstrittenen Kapitels IV zur »tiefen und umfassenden Handelszone«, in Kraft getreten. Damit werden die Verpflichtungen der Ukraine rechtskräftig, Reformen zur Liberalisierung des Handels und zur Rechtsangleichung mit dem Rechtsbesitzstand der EU auf den Weg zu bringen. Eine Beteiligung am europäischen Binnenmarkt wird vorerst nur in einem sehr geringen Maße gewährleistet und schrittweise, bedingt durch die Fortschritte der Reformen erweitert. Eine vollständige Beteiligung am Binnenmarkt sieht das Assoziierungsabkommen jedoch nicht vor.

Einleitung

Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine ist das erste Abkommen neuen Typs, das im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik verhandelt und abgeschlossen wurde. Die Verhandlungen begannen 2008 und wurden im Juni 2014 mit der Unterzeichnung des kompletten Abkommens erfolgreich abgeschlossen. Die vorläufige Anwendung des Abkommens sollte gleich mit der Unterzeichnung beginnen, wurde jedoch als Reaktion auf die Proteste Russlands auf Dezember 2015 verschoben. Der Stein des Anstoßes war insbesondere das Kapitel IV, das eine »tiefe und umfassende Freihandelszone« zwischen den beiden Vertragsparteien errichten soll, welche – laut russischem Einwand – mit einer Teilnahme der Ukraine an der Eurasischen Zollunion von Belarus, Kasachstan und Russland nicht vereinbar ist. Inzwischen wurde das Assoziierungsabkommen von allen EU-Mitgliedstaaten und der Ukraine ratifiziert und ist am 1. Januar 2016 in Kraft getreten – trotz der nicht beigelegten Einwände Russlands. Was genau bedeutet dies für die Ukraine? Ist sie seit Jahresbeginn ein Teil des europäischen Binnenmarktes geworden, vergleichbar mit den anderen EU-Mitgliedstaaten?

Neues Jahr – neue Verpflichtungen

Die kurze Antwort lautet, dass die Ukraine noch weit davon entfernt ist, eine volle Beteiligung am europäischen Binnenmarkt zu genießen, welche die Anwendung der folgenden Freiheiten bedeutete:

1. ukrainische Waren dürfen ohne tarifäre (Zölle und Abgaben) und mengenmäßige Beschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung in der ganzen EU gehandelt werden;
2. ukrainische Unternehmen und selbständig tätige Personen dürfen sich überall in der EU frei niederlassen und ihre Dienstleistungen uneingeschränkt anbieten;

3. ukrainische Arbeitnehmer dürfen ihren Arbeitsplatz frei aussuchen und sich zu diesem Zweck in der EU frei bewegen;
4. Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit zwischen der EU und der Ukraine.

Das Kapitel IV des Assoziierungsabkommens gewährleistet erst einmal keine dieser Freiheiten, sondern löst erst eine Reihe von Verpflichtungen für die Ukraine aus. Diese muss weitreichende und tiefgreifende wirtschaftliche und rechtliche Reformen durchführen, die erst im Falle ihres Erfolges einen Anteil am Binnenmarkt für die Ukraine gewährleisten. Die notwendigen Reformen lassen sich am treffendsten als schrittweise Liberalisierung des Handels und Angleichung der maßgeblichen Rechtsvorschriften und Standards zusammenfassen.

a. Schrittweise Liberalisierung des Warenhandels

Von einer Binnenmarktbehandlung für ukrainische Waren kann erst 10 Jahre nach dem Inkrafttreten des Abkommens die Rede sein, denn dieser Zeitraum ist vom Assoziierungsabkommen für einen schrittweisen Zollabbau vorgesehen. Begleitend dazu sollen sanitäre und technische Vorschriften sowie die Rechtsvorschriften zu Produktsicherheit und –haftung, Marketinganforderungen und weiteres angeglichen werden. Schon am 01. Januar 2016 sind viele Zölle abgeschafft worden. Die wichtigste Ausnahme bildet der Agrarsektor, der traditionell vom Außenhandel mit Schutzzöllen abgeschirmt wird. Hier gelten für viele ukrainische Waren noch Einfuhrquoten.

b. Erleichterungen beim Zahlungsverkehr

Mit dem Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens soll auch der Kapital- und Zahlungsverkehr erleichtert werden. Der Zahlungsverkehr in frei konvertierbarer Währung soll praktisch uneingeschränkt ermöglicht werden. Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs

wird jedoch nicht komplett durchgeführt. Das Kapital als (Direkt-)Investition ist stark mit der Niederlassungsfreiheit ausländischer Unternehmen und mit der ausländischen Beteiligung an einheimischen Unternehmen verbunden und wird vom Assoziierungsabkommen nur für wenige Industriesektoren geregelt. Besonders wichtig ist die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs für den Bereich der Finanzdienstleistungen. Das Assoziierungsabkommen enthält einen Anhang mit den Rechtsvorschriften, die in diesem Bereich umzusetzen sind, damit ukrainische Finanzdienstleister Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit bekommen und somit am Binnenmarkt teilnehmen können. Ansonsten werden Investitionsfragen durch das innerstaatliche Recht reguliert.

c. Einschränkungen bei der Freizügigkeit natürlicher Personen

Freizügigkeit ukrainischer Dienstleister und Arbeitnehmer wird ab dem 1. Januar 2016 nur in einem sehr eingeschränkten Umfang gewährleistet, und manche Personen sind davon gar ausgeschlossen. Arbeitnehmer fallen nicht in den Anwendungsbereich des Assoziierungsabkommens, d. h. sie dürfen sich zwecks Arbeitssuche und Beschäftigung nicht frei bewegen; diese Fragen bedürfen eines zusätzlichen Abkommens. Eine Ausnahme von dieser Einschränkung bildet das sogenannte leitende Personal (Schlüsselpersonal) – eine begrenzte Anzahl ranghoher Angestellter und Spezialisten, die zum Beispiel für die Gründung oder Leitung einer Niederlassung zuständig sind. Für sie gelten Erleichterungen – unter anderem beim Erwerb einer Arbeitserlaubnis für die Durchführung ihrer Aufgaben –, wenn sie von ihrem ausländischen Unternehmen in das Gastland entsandt werden.

Freizügigkeit der selbständig Erwerbstätigen ist für bestimmte Berufe gestattet, aber nur zeitlich begrenzt und mit dem Zweck, eine vertragliche Leistung zu erfüllen (eng. – contractual services supply); hier ist außerdem oft eine Notwendigkeitsprüfung vorgesehen.

d. Binnenmarktbehandlung für (einige) Unternehmen und ihre Voraussetzungen

Die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit für Unternehmen ist in größerem, aber auch nicht in vollem Umfang gewährleistet. In einem Anhang zum Assoziierungsabkommen werden verschiedene Bereiche der Dienstleistungsbranche aufgelistet, deren Unternehmen eine grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen (d. h., wenn nur die Dienstleistung selbst die Grenze überschreitet) und Konsum im Ausland (d. h., wenn sich der Dienstleistungsempfänger ins Ausland begibt) erlaubt ist. Diese Zugeständnisse beider Par-

teien entsprechen fast komplett denen, die die EU und die Ukraine der WTO gemacht haben.

Volle Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit, die die Gründung einer kommerziellen Präsenz (d. h. eines Zweigs oder einer Niederlassung) im Gastland sowie die Erbringung der Dienstleistung durch die Arbeitnehmer des ausländischen Unternehmens mit einschließt, scheint momentan nur den Unternehmen von vier Branchen vorbehalten zu sein: Finanzdienstleistungen, elektronische Kommunikationsdienstleistungen, Post- und Kurierdienst und internationale Transportdienstleistungen. Das sind wirtschaftlich bedeutende Branchen, die für den Waren- und Dienstleistungshandel sowie für den Zahlungsverkehr unabdingbar sind.

Jedoch wird die Binnenmarktbehandlung für diese Unternehmen nicht automatisch mit dem Inkrafttreten des Abkommens gewährleistet, sondern erst nach der Rechtsangleichung in dem jeweiligen Gebiet. Das Kapitel IV des Assoziierungsabkommens enthält für jeden der vier Bereiche einen speziellen Unterabschnitt mit detaillierten Vorschriften zur innerstaatlichen Regulierung. Zusätzlich gibt es Anhänge, die umzusetzende Rechtsakte der EU mit präzisen Umsetzungsfristen auflisten. Das Handelskomitee, das mit dem Assoziierungsabkommen gegründet wurde und das aus hochrangigen Vertretern der Europäischen Kommission und der Ukraine (zum Beispiel aus dem Handelsministerium) besteht, hat die Kompetenz, neue Rechtsvorschriften zu diesen Listen hinzuzufügen und Umsetzungsfristen für diese zu bestimmen. Die Ukraine muss den gesamten Regulierungsansatz der EU übernehmen. Sie muss einen Wettbewerb in den vier genannten Sektoren ermöglichen und Märkte für EU-Anbieter öffnen, das Wettbewerbsrecht modernisieren, die Verbraucherrechte stärken und rechtliche Anreize für Innovationen und Investitionen schaffen. Dabei wird sie von der sogenannten sektorspezifischen Regulierung und einer unabhängigen Regulierungsbehörde unterstützt. Die Umsetzung wesentlicher Teile des Rechtsbesitzstandes der EU ist dafür unerlässlich.

Außer der sektoralen Rechtsangleichung muss die Ukraine auch eine Reihe von Rechtsakten, die eine allgemeine Anwendung auf wirtschaftliche Tätigkeiten haben, an den EU-Rechtsbesitz anpassen, z. B. im Bereich des öffentlichen Vergaberechts, des Wettbewerbsrechts und der staatlichen Beihilfe sowie beim Schutz des geistigen Eigentums und in einigen anderen Bereichen.

e. Prüfungsverfahren für die Rechtsangleichung

Die Umsetzungsfristen für alle Rechtsvorschriften sind unterschiedlich, aber relativ kurz – zwei bis sechs Jahre

im Schnitt – ab dem Inkrafttreten des Abkommens. Wenn die Ukraine die Rechtsangleichung in einem bestimmten Sektor für vollzogen erachtet, informiert sie darüber die EU. Die EU (Kommission) führt in Zusammenarbeit mit der Ukraine eine Prüfung durch, in der die inhaltliche Rechtsangleichung und die tatsächliche Anwendung der Rechtsvorschriften in zwei separaten Verfahren kontrolliert werden. Im ersten Schritt wird die Korrektheit der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften ins ukrainische Recht ausgewertet. Im zweiten Schritt werden die Beständigkeit der Anwendung und die Angemessenheit der Vollstreckung des umgesetzten Rechts überprüft. Die Ergebnisse der Prüfung werden dem Handelskomitee übermittelt, das bei einem positiven Resultat darüber entscheidet, ob die EU und die Ukraine einander Binnenmarktbehandlung in Bezug auf den betroffenen Sektor gewährleisten sollten.

Das beschriebene Bewertungsverfahren dürfte in der Praxis Schwierigkeiten bereiten. Unter Umständen könnte es der Ukraine schwerfallen, den genauen Zeitpunkt zu bestimmen, zu dem sie die Rechtsangleichung in einem Sektor für abgeschlossen hält. Insbesondere, weil es für das Handelskomitee die Möglichkeit gibt, neue Rechtsakte für die Umsetzung hinzuzufügen. Darüber hinaus ist nicht klar, in welchem Zusammenhang die Angleichung der Rechtsvorschriften zur Regulierung von einzelnen Sektoren und die Umsetzung allgemeiner Rechtsvorschriften (zum Beispiel, Wettbewerbs- oder Vergaberecht) stehen. Es ist auch nicht klar, wie diese Rechtsangleichung kontrolliert wird und ob es möglich ist, für einen Sektor Binnenmarktbehandlung einzuführen, obwohl allgemeine Regeln noch nicht oder nicht angemessen umgesetzt wurden.

Über die Autorin

Olga Batura, Dr.jur., LL.M.Eur. und Master of European Studies, arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Leuphana Universität Lüneburg und ist Dozentin an der Europäischen Humanistischen Universität in Vilnius.

Assoziierungsabkommen ist nicht gleich Assoziierungsabkommen

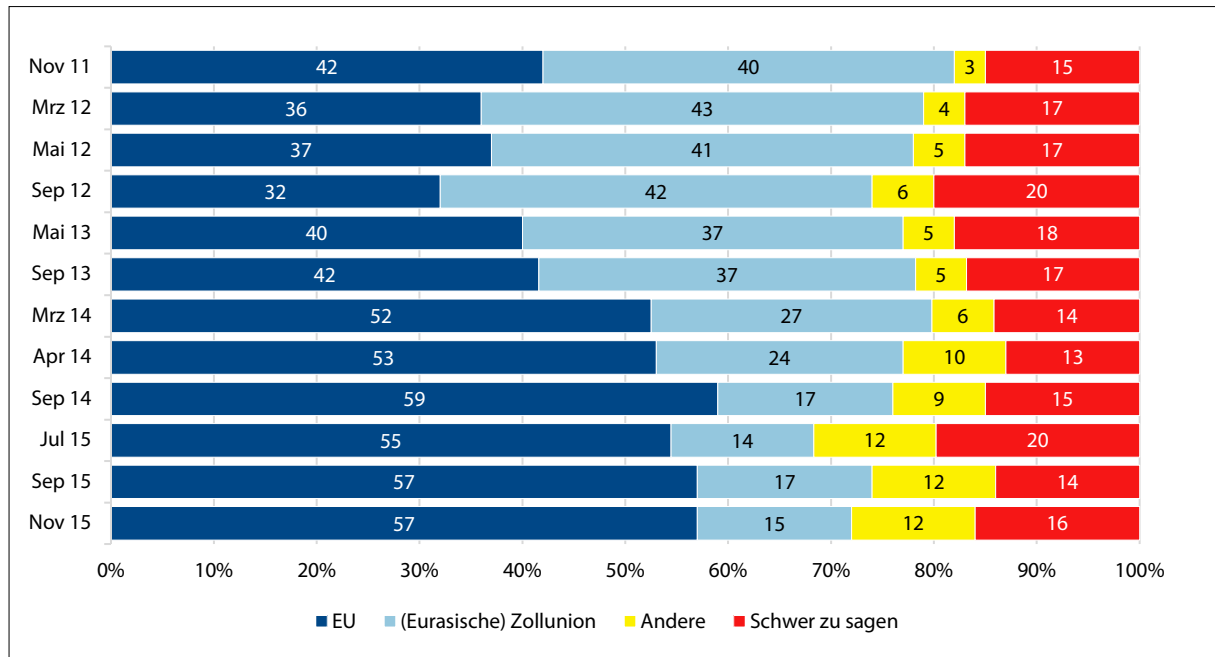
Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine unterscheidet sich von anderen Assoziierungsabkommen, die alle zwar einen Rahmen für bilaterale Zusammenarbeit der Vertragsparteien bilden, aber in unterschiedlichem Maß eine gegenseitige Annäherung vereinbaren. Insbesondere im Handelsbereich sehen Assoziierungsabkommen mit Beitrittsländern eine komplette Übernahme des europäischen Rechtsbesitzstandes und umfassende wirtschaftliche und strukturelle Reformen durch diese Länder vor, um sicherzustellen, dass der neue Mitgliedstaat eine funktionierende Marktwirtschaft hat, die nach dem Beitritt dem intensiven Wettbewerb auf dem europäischen Binnenmarkt standhalten kann. Der Beitrittskandidat wird darauf vorbereitet, seinen Markt für Waren- und Dienstleistungshandel sowie für Kapital- und Zahlungsverkehr komplett zu öffnen und die Freizügigkeit juristischer und natürlicher Personen zu kommerziellen Zwecken zu garantieren.

Im Vergleich dazu fällt das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine bescheidener aus. Es sieht keine komplette Übernahme des Rechtsbesitzstandes der EU vor, sondern nur eine Rechtsangleichung in ausgewählten Bereichen. Auch ist erst einmal keine vollständige Beteiligung der Ukraine am europäischen Binnenmarkt, wie sie zum Beispiel Norwegen genießt, vorgesehen, denn die Freiheiten des Binnenmarktes werden nur eingeschränkt eingeführt. Dennoch muss die Ukraine grundlegende rechtliche und strukturelle Reformen durchführen und ihre Wirtschaft modernisieren, um diese wirtschaftliche »Integration light« zu genießen.

UMFRAGE

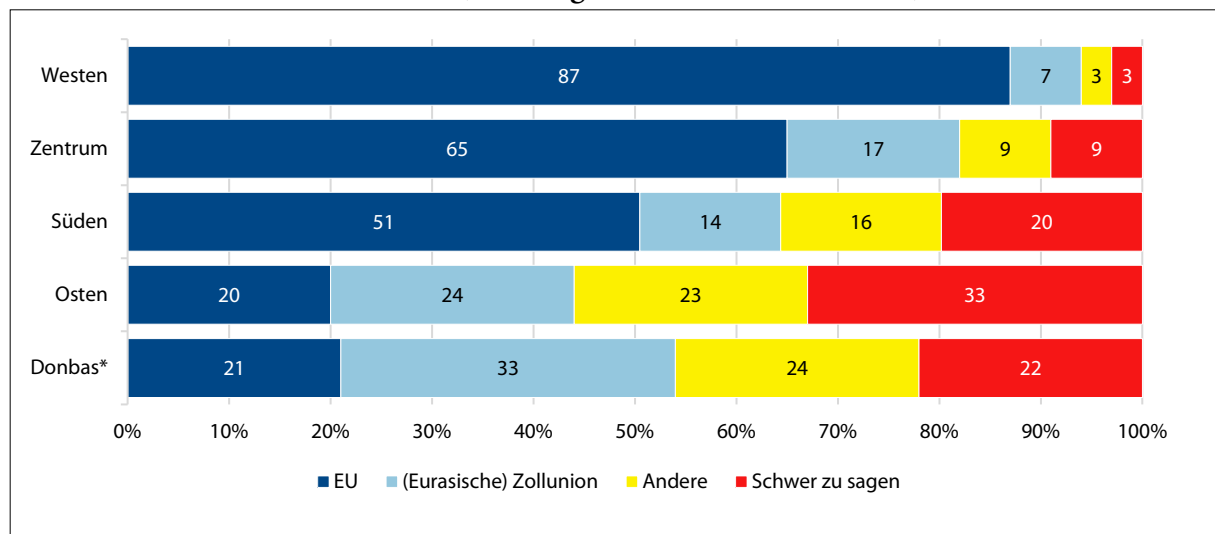
Die Ukraine zwischen den Wirtschaftsunionen

Grafik 1: Wenn die Ukraine Mitglied in nur einer internationalen Wirtschaftsunion werden könnte, sollte es ... sein (November 2011 – November 2015, %)



Quelle: repräsentative Umfrage der soziologischen Gruppe »Rating«, <http://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg_files/2015_11_national_oversample_ua_combined_natl_and_donbas_v3.pdf>

Grafik 2: Wenn die Ukraine Mitglied in nur einer internationalen Wirtschaftsunion werden könnte, sollte es ... sein (nach Regionen, November 2015, %)



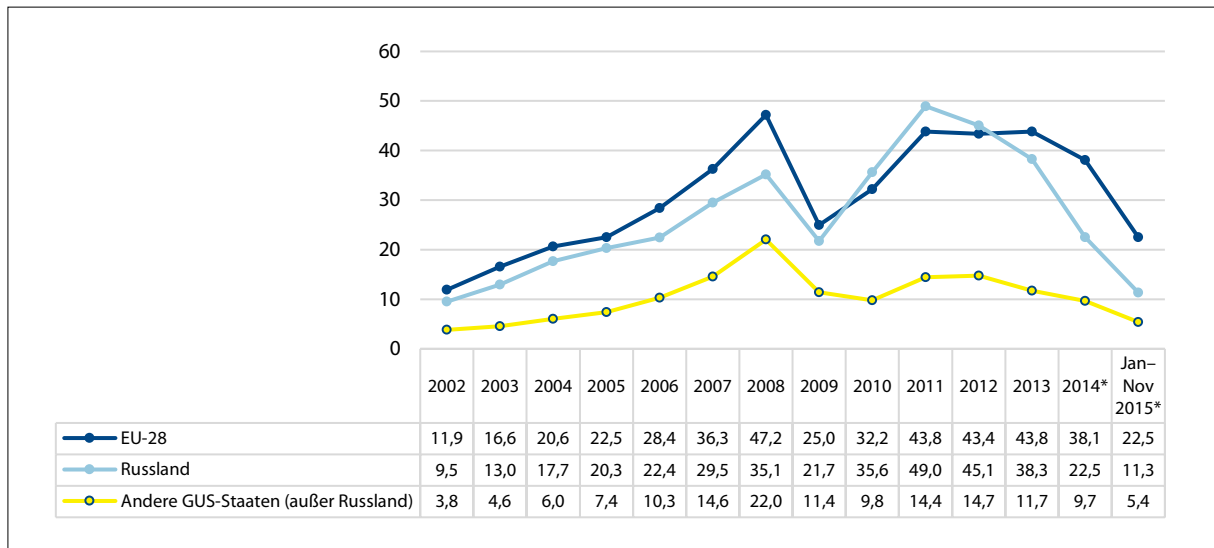
*in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk (N=1284)

Quelle: repräsentative Umfrage der soziologischen Gruppe »Rating« (N=1800) vom 19. bis 30. November 2015, <http://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg_files/2015_11_national_oversample_ua_combined_natl_and_donbas_v3.pdf>

STATISTIK

Güterhandel der Ukraine mit der EU-28, Russland und anderen GUS-Staaten

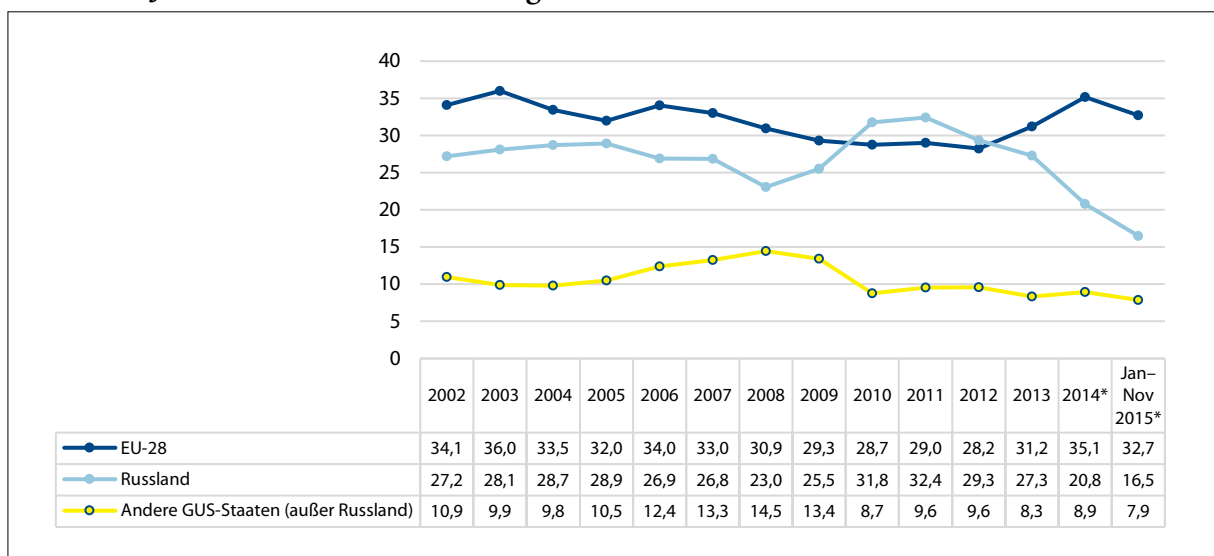
Grafik 1: Güterhandel der Ukraine mit der EU-28, Russland und anderen GUS-Staaten in den Jahren 2002–2015, in Mrd. US-Dollar



*ohne die Krim und Sewastopol

Quelle: Staatliches Statistisches Amt der Ukraine, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>; zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen.

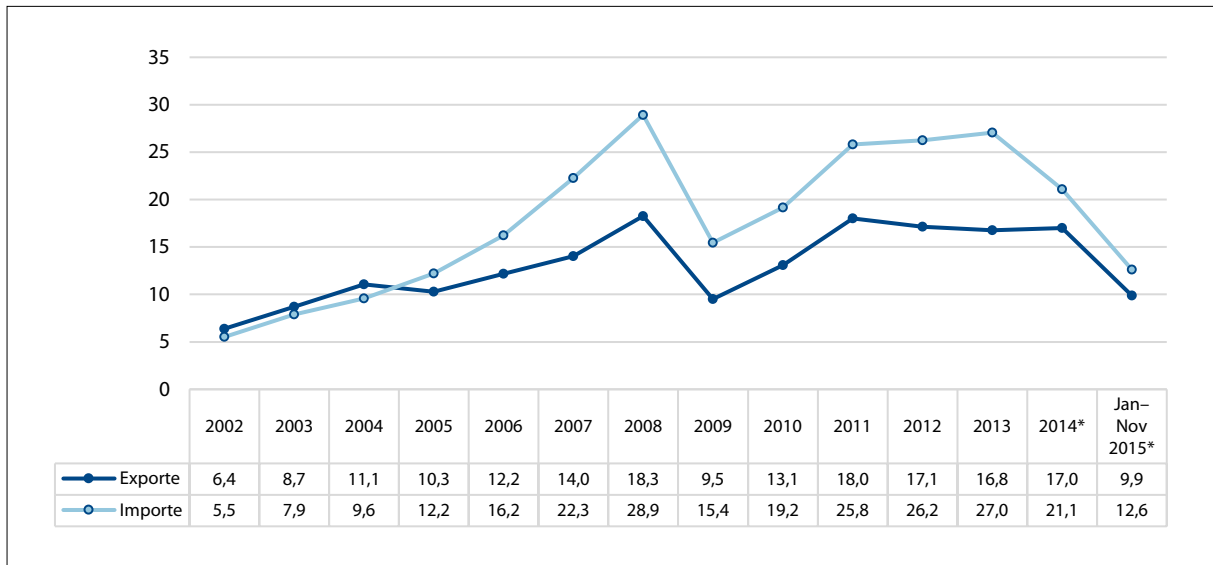
Grafik 2: Güterhandel der Ukraine mit der EU-28, Russland und anderen GUS-Staaten in den Jahren 2002–2015, in % des gesamten Güterhandels



*ohne die Krim und Sewastopol

Quelle: Staatliches Statistisches Amt der Ukraine, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>; zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen.

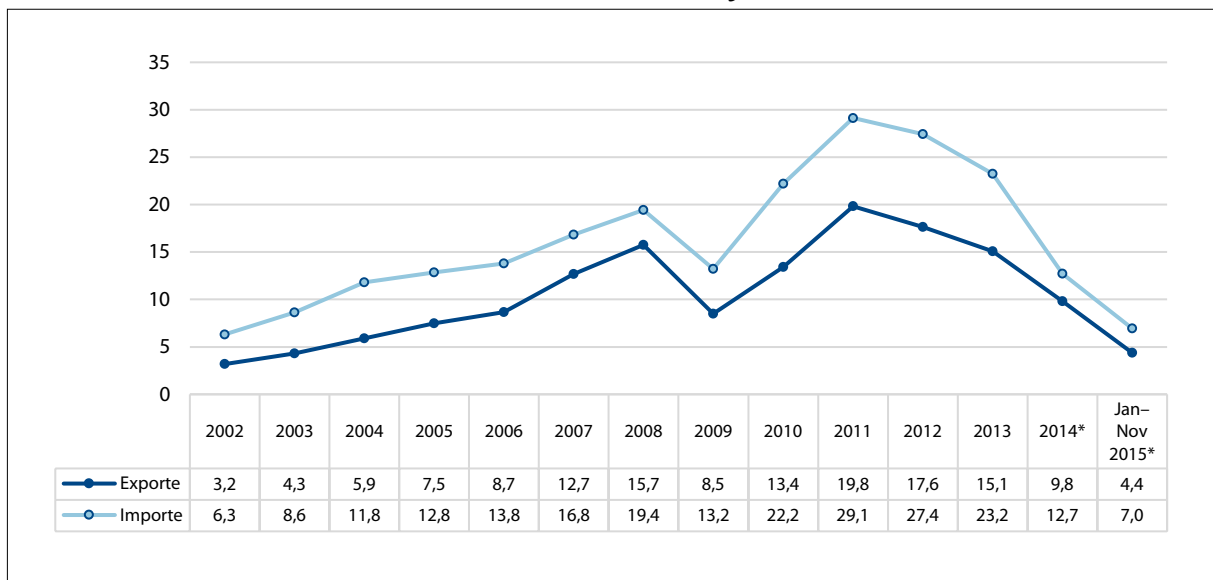
Grafik 3: Güterhandel der Ukraine mit der EU-28 in den Jahren 2002–2015, in Mrd. US-Dollar



**ohne die Krim und Sewastopol*

Quelle: Staatliches Statistikanstalt der Ukraine, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>; zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Grafik 4: Güterhandel der Ukraine mit Russland in den Jahren 2002–2015, in Mrd. US-Dollar



**ohne die Krim und Sewastopol*

Quelle: Staatliches Statistikanstalt der Ukraine, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>; zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Reaktion der Regierung auf das Handelsembargo Russlands gegen die Ukraine

Arseniy Yatsenyuk: Our response to Russia—raise in duties and embargo on Russian products (04.01.2016)

Ukraine exits the free trade area with Russia, raises duties on all Russian products and puts a trade embargo on a number of goods manufactured in Russia. This was stated by Prime Minister of Ukraine Arseniy Yatsenyuk in Ten Minutes on Sunday, January 3.

In connection with the entry into force of the FTA Agreement, the Russian Federation, as expected, imposed a trade embargo against Ukraine and illegally withdrew from the free trade area.

“We give the following answer. Ukraine exits the free trade area with Russia, raises duties on all goods and puts a trade embargo on all food products manufactured in the Russian Federation, as well as on car building and engineering products,” said Arseniy Yatsenyuk. “We are taking countermeasures. We didn’t start this war, meanwhile the aggressor will be punished.”

The Prime Minister underlined that the agreement on free trade area between Ukraine and the European Union—“this is the agreement for which millions of Ukrainians fought on the Maidan”: “That is the perspective for the Ukrainian economy to become competitive, strong, exemplary and the one that attracts investment from the European Union, creates jobs, trades freely with Europe and allows the Ukrainian businesses to develop and move forward.”

The FTA agreement, he emphasised, means above all the duty-free sale of Ukrainian goods to Europe and European goods to Ukraine: “This is competition that is a challenge for the domestic producer. But first of all—an opportunity for Ukrainian business to become stronger, more competitive and win new markets.”

Arseniy Yatsenyuk stressed that Russia “did everything to prevent Ukraine from being part of the European space and from returning to our historic European family”: “The former regime refused to sign the agreement on a free trade area with the European Union. And millions of Ukrainians went out and we won.”

On 21 March, 2014, the Head of Government signed the political part of the Association Agreement, and on June 27, 2014, the President of Ukraine signed the economic part of this Agreement: “Russia tried to stop the entry into force of this Agreement. But from January 1, the agreement came into force. We became part of the European economic family.”

Quelle: <http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=248750008&cat_id=244314975>

Ukraine launched a new Silk Road bypassing Russia (15.01.2016)

On Friday, January 15, Ukraine launched a pilot container train to China via a new Silk Road bypassing Russia, which will significantly increase the volume of cargos to Asia.

The trial train departed from Illichivsk port running across Ukraine—Georgia—Azerbaijan—Kazakhstan—China route (through the Caspian Sea and Black Sea)—via the new direction of “Silk road”. It includes ferries of the Black Sea and Caspian Sea (Illichivsk—Batumi and Alat—Aktau Port). The container train consists of 20 wagons and will deliver cargo from Ilichivsk to Dostyk (China) within 11–12 days.

The new route is an alternative that would allow redirecting cargo flows in the eastern direction bypassing the territory of the Russian Federation, which completely stopped transit of any goods originating from Ukraine through its territory, regardless of the country of final destination.

The day before, on January 14, Azerbaijan, Kazakhstan, Georgia and Ukraine signed a protocol on the establishment of feed-in tariffs for cargos via the Trans-Caspian international transport route. The document provides for comprehensive measures to facilitate the movement of trains on the route and increase the cargo turnover.

Background information

The volume of transportation of goods between Ukraine and the People’s Republic of China in 2015 made up 25.48 million tons, which is 2.25 million tons or 11% more than in 2014. This is a record figure for the last 10 years. Today China ranks the first place in export traffic from Ukraine, relegating Russia to the second position (from the first position over the last 5 years)—15.9 million tons.

Quelle: <http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=248765019&cat_id=244314975>

Ukraine brings WTO members' attention to Russia's trade discrimination (16.01.2016)

The Secretariat of the World Trade Organization has sent WTO Member States a Communication from Ukraine of 6 January 2016 with regard to trade restrictions from the Russian Federation (Eng).

Ukraine brings WTO Members' attention to the continued aggression of the Russian Federation. In particular, it states that the politically motivated and illegal trade measures have been adopted by the Russian Federation following Ukraine's decision to start the implementation of the Deep and Comprehensive Free Trade Area with the European Union on 1 January 2016. Ukraine emphasises that such measures as an embargo on imports of certain agricultural products, raw materials and food originating from Ukraine, a halt to the preferential trade regime contemplated under the CIS Free Trade Agreement, and limitations on transit shipments of Ukrainian goods to the Republic of Kazakhstan via the territory of the RF, are inconsistent with the basic principles upon which the WTO is founded as well as commitments undertaken by the Russian Federation upon accession to the WTO.

The Communication points out that due to the Russian Federation's measures, Ukraine is under the necessity to apply adequate countermeasures until the Russian Federation's measures are withdrawn.

Commenting on the Ukraine's statement to WTO Members, Minister of Economic Development and Trade of Ukraine Aivaras Abromavičius noted that with the support of our trading partners, the Government would appeal to the WTO against the Russian Federation's actions in order to protect national economic interests and security of Ukraine and Ukrainian business. Moreover, Ukraine plans to introduce alternative transit routes and enter new sales markets.

Quelle: <http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=248766277&cat_id=244314975>

Government extends the list of goods prohibited for import to the customs territory of Ukraine from the Russian Federation (22.01.2016)

In order to ensure the national security of Ukraine, in response to the introduction by the Russian Federation of appropriate trade bans and restrictions towards Ukraine, the Cabinet of Ministers decided to supplement the list of goods prohibited for import to the customs territory of Ukraine from the Russian Federation. A decree of the Cabinet of Ministers of Ukraine dated December 30, 2015 No. 1147 "On the prohibition of import into the customs territory of Ukraine of goods originating from the Russian Federation" was endorsed.

The decree of the Government stipulates for the ban to import to the customs territory of Ukraine more than 70 commodity items, including: onions, sauces and ketchups, fish, some confectionery items, such as cookies, crackers and the like.

The corresponding decree will come into force 10 days from the date of publication. The aforesaid restrictions on imports of goods from Russia will be in effect until August 5, 2016 or until the above-mentioned ban on goods from Ukraine is canceled by the Russian Federation.

Quelle: <http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=248782558&cat_id=244314975>

Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Assoziierungsabkommen (21.01.2016)

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Januar 2016 zu den Assoziierungsabkommen sowie den vertieften und umfassenden Freihandelsabkommen mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine (2015/3032(RSP))¹

(...)

Ukraine

31. begrüßt, dass das vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine zum 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist; verurteilt allerdings die Tatsache, dass die Russische Föderation ihr Freihandelsabkommen

¹ Hier nur ein Teil zur Ukraine. Für die gesamte Entschließung siehe die Quelle.

mit der Ukraine einseitig aufgehoben hat, Ausfuhren der Ukraine nach Russland schwere Handelsbeschränkungen auferlegt hat und die Durchfuhr von Waren in Drittländer behindert und damit gegen die WTO-Regeln und andere bilaterale Handelsabkommen verstößt; fordert die EU nachdrücklich auf, die Ukraine bei den derzeit bei der WTO laufenden Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten mit Russland zu unterstützen und dies auch künftig zu tun;

32. betont, dass die Kommission sich eineinhalb Jahre lang so offen gezeigt hat wie noch nie und auch entsprechende Anstrengungen unternommen hat, um alle Zweifel auf russischer Seite mit Blick auf die Auswirkungen der Umsetzung des vertieften und umfassenden Freihandelsabkommens auszuräumen und praktische Lösungen zu finden; bedauert, dass die russische Seite keine konkreten Beispiele dafür vorbringen konnte, inwiefern ihr Markt und ihr Handel mit dem Inkrafttreten des vertieften und umfassenden Freihandelsabkommens beeinträchtigt werden würde; bekräftigt, dass Russland im Zuge der Umsetzung des Assoziierungsabkommens und des vertieften und umfassenden Freihandelsabkommens von verstärktem Handel und verstärkter Wirtschaftsaktivität und einer stabileren Nachbarschaft profitieren könnte; fordert in diesem Zusammenhang, dass geprüft wird, ob weitere Möglichkeiten für einen Dialog auf hochrangiger Ebene bestehen;

33. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in ihrer vollen Stärke und voll funktionsfähig zu erhalten; nimmt zur Kenntnis, dass die ukrainische Regierung eine Aufstockung der internationalen Friedenstruppe an der ukrainisch-russischen Grenze und in den Gebieten Luhansk und Donezk gefordert hat; stimmt der Auffassung zu, dass den Konfliktparteien im Rahmen der umfassenden Umsetzung des Minsker Abkommens der Einsatz einer EU-geführten GSVP-Mission zur Unterstützung bei Aufgaben wie der Minenräumung, der Vorbereitung von Kommunalwahlen und der Sicherstellung eines ungehinderten Zugangs für Hilfsorganisationen angeboten werden sollte, sobald die Lage dies gestattet;

34. ist ernsthaft besorgt, was die Umsetzung der Minsker Abkommen bis zur ursprünglich vereinbarten Frist am 31. Dezember 2015 angeht; weist erneut darauf hin, dass die russischen Staatsorgane diesbezüglich eine besondere Verantwortung tragen; weist erneut darauf hin, dass seit Mitte Oktober 2015 vermehrt gegen das Waffenstillstandsabkommen verstoßen wurde, Beobachter der OSZE-Sonderbeobachtungsmission nach wie vor in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind, die ukrainische Kontrolle über die Gesamtlänge der Grenze zu Russland nicht wiederhergestellt wurde, keine Vereinbarung über die Modalitäten der Kommunalwahlen in den zeitweilig besetzten Gebieten von Luhansk und Donezk erzielt wurde und nicht alle Gefangenen und rechtswidrig inhaftierten Personen, darunter Nadija Sawtschenko oder auch Oleh Senzow, freigelassen wurden;

35. begrüßt den Bericht des niederländischen Untersuchungsrats für Sicherheit über den Abschuss des Malaysia-Airlines-Flugs 17 (MH17), bei dem 298 unschuldige Zivilpersonen getötet wurden; befürwortet die Einrichtung eines internationalen Strafgerichts und fordert die Russische Föderation auf, umfassend mit der Staatengemeinschaft zu kooperieren, damit umfassende, unparteiische strafrechtliche Ermittlungen durchgeführt und die Schuldigen vor Gericht gestellt werden können; bedauert die Entscheidung der Russischen Föderation, gegen die Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Einrichtung eines internationalen Strafgerichts zur Untersuchung dieses Verbrechens ein Veto einzulegen;

36. bedauert, dass die anhaltende russische Aggression zu einer katastrophalen humanitären Lage im Donezbecken geführt hat und dass den ukrainischen und internationalen Hilfsorganisationen kein Zugang zu den besetzten Gebieten gewährt wird; ist zutiefst besorgt angesichts der herausfordernden humanitären Lage der mehr als 1,5 Millionen Binnenvertriebenen; ist zutiefst besorgt über die Menschenrechtsverletzungen auf der von Russland besetzten Krim und insbesondere über die schreckliche Lage der Krimtataren und betont, dass die EU der Ukraine weitere Finanzhilfen zur Verfügung stellen muss;

37. begrüßt, dass die ukrainischen Staatsorgane darauf hinarbeiten, den Aktionsplan zur Liberalisierung der Visumregelung umzusetzen, und würdigt den positiven abschließenden Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung dieses Plans; begrüßt, dass in der Ukraine vor Kurzem neue Gesetze und Maßnahmen angenommen wurden, durch die sich der Schutz vor Diskriminierung verbessert hat; erwartet, dass die ukrainische Führung ihren Zusagen im Bereich der Korruptionsbekämpfung im ersten Quartal 2016 nachkommt;

38. betont, dass die endemische Korruption die größte Herausforderung im Rahmen der Reformbemühungen darstellt; begrüßt die bisher getroffenen Entscheidungen wie die Einführung von Gesetzen zur Bekämpfung der Korruption und die Schaffung entsprechender Institutionen (des nationalen Büros für Korruptionsbekämpfung, der nationalen Agentur für Korruptionsprävention und einer mit dem Bereich Korruptionsbekämpfung befassten Staatsanwaltschaft) und Mechanismen sowie der nationalen Agentur für die Einziehung von Einkünften aus Korruption; begrüßt darüber hinaus, dass vor Kurzem das Gesetz über die staatliche Parteienfinanzierung, das am 1. Juli 2016 in Kraft tritt, und das Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen angenommen wurden;

39. bekundet sein Verständnis dafür, dass die Kriegssituation im Osten der Ukraine die Reformbemühungen erheblich behindert; macht jedoch deutlich, dass der Erfolg und die Widerstandsfähigkeit der Ukraine gegenüber äußeren Feinden von ihrer Wirtschaftsstärke und der Stärke ihres Rechtsrahmens, einer vorbildlich funktionierenden Demokratie sowie von wachsendem Wohlstand abhängen;

40. begrüßt, dass derzeit an einer Verfassungsreform gearbeitet wird, die eine Dezentralisierung und das Justizwesen betrifft; weist erneut darauf hin, dass die Venedig-Kommission des Europarats zu den beiden Verfahren, die Verfassungsänderungen betreffen, positive Empfehlungen vorgelegt hat; betont, dass in diesen und auch in anderen Bereichen weitere Fortschritte erzielt werden müssen, was insbesondere für die Wirtschaft gilt, wo nach wie vor vorrangig auf eine bessere Regulierung und einen Abbau der Monopole hingearbeitet werden muss, was auch mit Steuerreformen, vermehrter Transparenz und der Schaffung eines günstigen Investitionsklimas einhergehen muss; ist besorgt über den Zustand der ukrainischen Wirtschaft und der finanziellen Gesamtsituation des Landes; nimmt die Berichte über geringe Fortschritte bei der Stabilisierung der Wirtschaftsleistung zur Kenntnis; würdigt den von der Ukraine mit ihren Gläubigern im September 2015 vereinbarten Schuldenerlass, der von entscheidender Bedeutung ist; weist erneut darauf hin, dass die internationale Gemeinschaft und insbesondere die EU, in Europa ansässige internationale Finanzinstitute, der IWF und einzelne Geberländer zugesagt haben, den bisher einmaligen Betrag von etwa 20 Mrd. EUR bereitzustellen;

41. begrüßt die aktive Unterstützung und Solidarität der EU im Bereich Energie, in Folge deren Russland die Gaslieferungen an die Ukraine im Winter 2015–2016 wieder aufnimmt; fordert die Mitgliedstaaten auf, das Potenzial der Ukraine als Transitland umfassend auszuschöpfen und die Zusammenarbeit zu stärken, damit die Energieversorgung der EU und der Ukraine gesichert ist, und zu verhindern, dass neue Leitungen gebaut werden, die an der Ukraine vorbeigeführt werden, wobei insbesondere der Ausbau der Nord-Stream-2-Gasleitung zu verhindern ist, mit der Russland Gas nach Europa liefern will, was sich für die Strategie der EU zur Diversifizierung der Energiequellen als schädlich erweisen könnte, zumal dies nicht dem Unionsrecht entspreche; unterstützt die Absicht der EU, im Rahmen der Energiegemeinschaft den Energiemarkt der Ukraine voll zu integrieren und die Energieabhängigkeit zu verringern, dabei aber die Privathaushalte nicht übermäßig zu belasten; fordert die EU und die ukrainische Regierung auf, Maßnahmen zur Abfederung sozialer Härten auszuarbeiten;

42. würdigt die wirksame, dynamische Arbeit des Parlamentarischen Assoziationsausschusses EU–Ukraine bei der Beobachtung der Sicherheitslage sowie der politischen und wirtschaftlichen Lage in der Ukraine wie auch sein Engagement und seine Unterstützung bei der Verbesserung sämtlicher von den ukrainischen Staatsorganen eingeleiteten EU-orientierten Reformprozesse; verweist auf die von der Werchowna Rada der Ukraine und dem Europäischen Parlament 2015 unterzeichnete Vereinbarung über die Errichtung eines gemeinsamen Rahmens für die parlamentarische Unterstützung und den Kapazitätsaufbau zwischen den beiden Parlamenten;

43. betont, dass die Zivilgesellschaft der Ukraine gestärkt werden muss, sodass sie die Staatsorgane beraten und dabei unterstützen kann, ihre Reformversprechen auch einzulösen, und eine wirksame Kontrolle ausüben sowie als Informant fungieren kann; begrüßt die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Gruppe der Sachverständigen und der Werchowna Rada in dem Reformprozess und bei der Umsetzung des Assoziierungsabkommens und des vertieften und umfassenden Freihandelsabkommens; würdigt die Tatsache, dass die Prioritäten der Werchowna Rada in einem umfassenden Dialog mit der Zivilgesellschaft festgelegt werden;

44. Nimmt das anstehende niederländische Konsultativreferendum über das Assoziierungsabkommen und das vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine zur Kenntnis; vertraut darauf, dass das niederländische Volk seine Entscheidung auf der Grundlage der Inhalte des Abkommens trifft und dabei berücksichtigt, dass es mit einem spürbaren Nutzen für die EU und insbesondere auch die Niederlande einhergeht;

(...)

Quelle: <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P8-TA-2016-0018&language=DE>>

Comment of the Ministry for Foreign Affairs of Ukraine regarding the approval by the European Parliament Resolution of 21 January 2016 on the Association Agreements/Deep and Comprehensive Free Trade Areas with Ukraine, Georgia and Moldova (22.01.2016)

Ukraine welcomes the European Parliament's approval on the 21st of January 2016 of the Resolution on the Association Agreements/Deep and Comprehensive Free Trade Areas with Ukraine, Georgia and Moldova and considers it as an evidence of the EP consistent support of the reformist efforts of these countries on their way to the European integration.

The key messages of the approved Resolution are condemnation of the Russian actions aimed at blocking of the European aspirations of the partner-countries as well as a clear appeal to Russia to put an end to the occupation of the Crimea and further provocation of the conflicts in the territories of these countries.

An extremely important message is the European Parliament support of the EU Council Decision to extend economic sanctions against Russia in view of its non-fulfillment of the Minsk agreements until 31 July 2016 and a call on Russian authorities to release immediately all illegally detained Ukrainians, in particular Nadiya Savchenko and Oleh Sentsov. Ukraine also expresses its gratitude for support of its initiative to deploy the EU-led CSDP mission to assist the Minsk agreements implementation.

The EP has supported the positive recommendations of the European Commission concerning the visa liberalization with Ukraine. The EP expects the EU Council and member-states to approve a relevant decision without any delay.

The Ukrainian side expresses a particular gratitude for a clear message of the European Parliament (the institution that represents a direct voice of the EU citizens) that any European state in accordance to the Article 49 of the EU Treaty can claim to membership in the European Union.

Despite difficult security challenges, Ukraine remains committed to implementing the Association Agreement and the Association Agenda.

In this regard, Ukraine relies on continuation of the EU active support of the European transformation process in our country.

Quelle: Ministry of Foreign Affairs of Ukraine, <http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=248780165&cat_id=244314975>

Historische Narrative und nationale Identität: Der Zweite Weltkrieg in russischen und ukrainischen Geschichtslehrbüchern

Von Lina Klymenko, Joensuu

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag widmet sich der Darstellung des Zweiten Weltkrieges in russischen und ukrainischen Geschichtslehrbüchern. Er bietet Einsicht in die Deutung historischer Ereignisse und die Konstruktion nationaler Identität in postsowjetischen Ländern. Die Analyse historischer Narrative zeigt, wie die heutigen Beziehungen zwischen Russland (ehemals sowjetische Zentralmacht) und der Ukraine (ehemals Sowjetrepublik und nun unabhängiger Nationalstaat) neu definiert werden.

Einleitung

Seit dem Zerfall der Sowjetunion verfolgen die politischen Eliten der postsowjetischen Staaten verschiedene Ansätze zur Nationsbildung. Nationsbildung bedeutet, dass der Bevölkerung das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer nationalen Gemeinschaft gegeben werden soll, damit sich eine nationale Identität herausbildet. Der Prozess der Nationsbildung manifestiert sich in verschiedenen Maßnahmen wie der Förderung einer gemeinsamen Sprache, einer gemeinsamen Geschichte oder einer gemeinsamen Kultur. Wichtige Aspekte dieses Prozesses sind die Etablierung historischer Narrative und die Umdeutung historischer Ereignisse.

Die Rolle von Geschichtslehrbüchern bei der Formierung nationaler Identität

Eine gemeinsame Geschichte verleiht einer Gruppe das Gefühl, Gemeinsamkeiten zu teilen und sich von anderen Gruppen zu unterscheiden. Da dies im Sinne der politischen und gesellschaftlichen Eliten eines Staates ist, konstruieren diese häufig eine offizielle Version der nationalen Geschichte. Hierbei kommen bevorzugt historische Narrative zur Anwendung, d. h. es werden historische Ereignisse aus bestimmten Blickwinkeln betrachtet und die Bedeutung dieser Ereignisse für eine Gemeinschaft hervorgehoben. Zentral ist also die Wahrnehmung der historischen Ereignisse. Der Zweck konstruierter historischer Narrative ist dabei, Symbole und ideologische Orientierungen für Bevölkerungsgruppen zu vermitteln und politische Herrschaft zu legitimieren.

In der Etablierung historischer Narrative spielen Lehrbücher eine zentrale Rolle. Für den Schulunterricht zugelassene Geschichtslehrbücher sind in politische und institutionelle Rahmen eingebettet und werden von Historikern und Pädagogen im Auftrag des Staates verfasst und verbreitet. Damit sind sie politische Dokumente. Das Ziel offizieller Geschichtslehrbücher ist es, den Schüler/innen bestimmte Werte und das Gefühl einer nationalen Identität zu vermitteln. Ent-

sprechend basieren sie auf den vom Staat bevorzugten historischen Narrativen und geben hierbei einerseits historische Erfahrungen der Bevölkerung wieder, andererseits interpretieren sie aber auch neu, um ein nationales Gedächtnis zu schaffen. Zudem stellen historische Narrative in Geschichtslehrbüchern eine eigene Diskursform dar: Die Hauptfiguren sind in einem bestimmten räumlichen und zeitlichen Rahmen agierende Menschen, und das Agieren dieser Menschen ist durch Sequenzen und Kausalitäten strukturiert.

Der Zweite Weltkrieg in postsowjetischen Geschichtslehrbüchern

In diesem Beitrag werden sechs Geschichtslehrbücher darauf hin untersucht, wie nationale historische Narrative zur Darstellung des Zweiten Weltkrieges verwendet werden. Auf ukrainischer Seite werden drei verschiedene Bücher mit dem Titel »Geschichte der Ukraine« betrachtet: eines von Pometun und Hupan (2011), eines von Kultschyzykyj und Lebedewa (2011) und eines von Turtschenko (2011). Die russische Version des Zweiten Weltkrieges wird anhand dreier unterschiedlicher Lehrbücher mit dem Titel »Geschichte Russlands« analysiert: eines von Lewandowskij et al. (2011), eines von Kiselew und Popow (2012) und eines von Wolobujew und Kuleschow (2010). All diese Lehrbücher wurden durch das Bildungsministerium des jeweiligen Landes für die 11. Klasse in allgemeinbildenden Schulen empfohlen.

In den genannten Büchern wird der Zweite Weltkrieg mittels vier verschiedener Narrative porträtiert: dem Narrativ der Gründung, dem Narrativ des Widerstands, dem Narrativ des Leidens und dem Narrativ der zivilisatorischen Mission. Kombinationen dieser Narrative erlauben es den Lehrbüchern, in der gewünschten Weise nationale Räume zu konstruieren, wichtige Ereignisse zu präsentieren und ausgewählte Akteure des Zweiten Weltkrieges vorzustellen (samt Kategorisierung in Helden oder Feinde). Die vier Narrative sind somit das zentrale Werkzeug, mit dem den Schüler/innen das

Verständnis für nationale Zugehörigkeit vermittelt wird. Betrachtet man hierbei nur die ukrainischen oder nur die russischen Bücher, so fällt auf, dass die Lehrbücher den Zweiten Weltkrieg grundsätzlich ähnlich interpretieren, obwohl sie die Narrative in unterschiedlichem Umfang nutzen.

Das Narrativ der Gründung

Im Zusammenhang mit nationaler Geschichte bezieht sich ein Gründungsnarrativ auf eine neue politische, soziale oder wirtschaftliche Ordnung, die für eine Nation als wichtig empfunden wird. Das Narrativ befasst sich hierbei mit den Ereignissen, die den Anfang dieser neuen Ordnung markieren. Alle betrachteten Lehrbücher bringen den Molotow-Ribbentrop-Pakt und den Anfang des Zweiten Weltkrieges in Verbindung mit der Vereinigung des jeweiligen Nationalterritoriums und der nationalen Gemeinschaft. Allerdings unterscheiden sich die Lehrbücher in der Konzeption dieser beiden Begriffe.

Den russischen Lehrbüchern zufolge begann der Zweite Weltkrieg mit der Erweiterung der Grenzen der Sowjetunion. Der am 23. August 1939 geschlossene Molotow-Ribbentrop-Pakt und sein Geheimprotokoll werden als Chance für die sowjetische Führung unter Josef Stalin dargestellt: Sie konnte hierdurch die Grenzen des Staates verschieben und das militärische und wirtschaftliche Potenzial des Landes stärken. Die Bücher erzählen von der Integration der Westukraine und von West-Belarus in die Sowjetunion. Auch beschreiben sie, wie Estland, Lettland, Litauen, Bessarabien und die Nord-Bukowina sowie nach dem Winterkrieg auch Teile Finnlands unter Zwang in die Sowjetunion eingegliedert wurden. Auf diese Weise legen die russischen Lehrbücher nahe, das ehemals sowjetische Territorium mit dem Nationalterritorium Russlands zu identifizieren und das sowjetische Volk (bzw. die sowjetischen Völker) mit der russischen Nationalgemeinschaft gleichzusetzen.

Die ukrainischen Lehrbücher beschreiben den Molotow-Ribbentrop-Pakt und das Geheimprotokoll einerseits als Ausdruck totalitärer Herrschaft des nationalsozialistischen Deutschlands und der stalinistischen Sowjetunion, andererseits aber auch als Auftakt zur Vereinigung des ukrainischen Nationalterritoriums. Sie konzentrieren sich auf den Einmarsch der Roten Armee in Polen und die darauffolgende Eingliederung der Westukraine in die Ukrainische SSR. Behandelt wird zudem die spätere Integration Bessarabiens und der Nord-Bukowina in die Sowjet-Ukraine. Für die Lehrbücher führte all dies zur Vereinigung der west- und ostukrainischen Bevölkerung und damit zur Geburt der heutigen ukrainischen Nation.

Das Narrativ des Widerstands

Ein Widerstandsnarrativ soll die Mitglieder einer nationalen Gemeinschaft vereinigen, indem es sie als eine Kollektivität darstellt, die heroisch gegen den identifizierten Feind kämpfte und gewann. In allen untersuchten Lehrbüchern besteht das Widerstandsnarrativ aus dem gemeinsamen Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland. Unterschiede zwischen den Büchern bestehen jedoch hinsichtlich der Kategorisierung der kämpfenden Helden, ihrer Verbündeten und der Feinde.

Die russischen Lehrbücher betonen den Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und definieren ihn als Beginn einer zweiten Zeitrechnung: des Großen Vaterländischen Krieges. Sie setzen die Sowjetunion mit Russland gleich, indem die Sowjetunion als russisches Nationalterritorium und die Rote Armee als russische Armee dargestellt werden. Die Lehrbücher erörtern zahlreiche Schlachten, z. B. in und um die sowjetischen Städte Brest, Odessa, Sewastopol, Kiew oder Smolensk. Die Schlachten um Moskau, Stalingrad und Kursk werden besonders hervorgehoben. Speziell thematisiert wird die Befreiung von Belarus und der Ukraine von der deutschen Besatzung. Der Kampf der Sowjetunion gegen Nazi-Deutschland wird als gemeinsamer Kampf des sowjetischen Volkes (bzw. der sowjetischen Völker) dargestellt, wobei insbesondere die Rote Armee, die sowjetischen Partisanen und die gesamte sowjetische Zivilbevölkerung gemeint sind. Repressionen durch die Rote Armee und Deportationen ethnischer Gruppen werden kurz erwähnt. Auf der Gegenseite, als Feinde, stehen die Nazi-Deutschen und ihre Kollaborateure. Lewandowskij et al. (2011) erwähnen in diesem Zusammenhang explizit die Organisation der Ukrainischen Nationalisten um Stepan Bandera (OUN-B) und zählen sie zu den Feinden. In der Summe wird den Schüler/innen vermittelt, der Widerstand gegen Nazi-Deutschland sei das gemeinsame Werk aller ehemaligen sowjetischen Völker.

Die ukrainischen Lehrbücher betonen ebenfalls den Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion, und auch sie bezeichnen den daraus entstandenen Krieg als Großen Vaterländischen Krieg. Jedoch fokussieren die Bücher auf das heutige ukrainische Territorium. Lediglich Kultschyzkyj und Lebedewa (2011) erwähnen außerdem die Schlacht um Moskau. Die Assoziation mit dem ukrainischen Nationalterritorium wird hergestellt, indem zahlreiche Schlachten auf diesem Gebiet – z. B. in und um die Dubno–Luzk–Riwne-Linie, Odessa, Sewastopol und Kiew – sowie die Befreiung aller ukrainischen Siedlungen beschrieben werden. Dabei identifizieren die Lehrbücher das ukrainische Volk als den Hauptakteur, repräsentiert durch die ukrainischen Soldaten in der Roten Armee, den ukrainischen Teil der

sowjetischen Partisanen und die ukrainische Zivilbevölkerung. Das ukrainische Volk wird somit als nationale Einheit dargestellt, in der die Mitglieder geschlossen gegen den Feind kämpfen. Als Feind definieren die ukrainischen Lehrbücher hierbei nicht nur das nationalsozialistische Deutschland, sondern auch das sowjetische Regime. Entsprechend präsentieren alle ukrainischen Lehrbücher die OUN-B um Stepan Bandera und die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) als Kämpfer für die ukrainische Unabhängigkeit. Zudem heben sie hervor, dass die OUN-B am 30. Juni 1941 in Lwiw einen unabhängigen ukrainischen Staat ausrief. Allerdings sprechen die Bücher auch die Zusammenarbeit der OUN-B mit Nazi-Deutschland an. Zu bemerken ist außerdem, dass das Lehrbuch von Kultschyzyk und Lebedewa (2011) nur sehr wenige Informationen über die OUN und die UPA bietet.

Das Narrativ des Leidens

Ein Leidensnarrativ fungiert zumeist als Aufruf, die moralische Überlegenheit einer Nation anzuerkennen und damit ihr Leid zu kompensieren. Dieses Narrativ findet sich in allen untersuchten Geschichtslehrbüchern, und es bezieht sich stets auf das Leid der nationalen Gruppen während des Zweiten Weltkrieges. In den ukrainischen Lehrbüchern stellt das Leidensnarrativ ein wichtiges Merkmal der Darstellung des Zweiten Weltkrieges dar, während es in den russischen Lehrbüchern nur sehr schwach ausgeprägt ist.

In den russischen Lehrbüchern umfasst das Narrativ des Leidens Beschreibungen, wie das sowjetische Volk und bestimmte ethnische Gruppen (auch Juden) unter der deutschen Besatzung litten und vernichtet wurden. Wolobujew und Kuleschow (2010) befassen sich detaillierter mit diesem Punkt. Erwähnt wird auch das Leid der russischen Bevölkerung während der Belagerung von Leningrad. Allerdings wird das Leiden der sowjetischen Bevölkerung von den russischen Lehrbüchern zwar beschrieben, häufig aber als notwendiges und heldenhaftes Opfer für den Sieg über Nazi-Deutschland dargestellt. Die Bücher schneiden ebenfalls kurz stalinistische Repressionen in der Roten Armee und das Leiden der sowjetischen Zivilbevölkerung unter der repressiven sowjetischen Politik an. Wolobujew und Kuleschow (2010) gehen detaillierter auf diesen Punkt ein.

In den ukrainischen Lehrbüchern bezieht sich das Leidensnarrativ auf die ukrainische Bevölkerung. Hier nimmt dieses Narrativ eine zentrale Rolle in der Darstellung des Zweiten Weltkrieges ein, und es umfasst das Leiden unter gleich zwei Regimes: dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus. Es wird betont, das ukrainische Volk habe zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in keiner Weise über sein eigenes Schicksal ent-

scheiden können. Die Lehrbücher beschreiben zudem, wie die ukrainische Bevölkerung und bestimmte ethnische Gruppen (auch Juden) unter der Besatzung Nazi-Deutschlands auf dem ukrainischen Territorium litten und vernichtet wurden. Das Leid des ukrainischen Volkes wird ausführlich dargestellt: Die Bevölkerung der Westukraine litt nach ihrer Eingliederung in die Sowjetunion und nach ihrer Befreiung durch die Rote Armee unter der Re-Sowjetisierung. Die ukrainischen Soldaten der Roten Armee litten ebenso unter der sowjetischen Führung. Insgesamt wirkt das Leidensnarrativ als moralischer Aufruf an die europäische Gemeinschaft, das gemeinsame Leiden der ukrainischen Bevölkerung und damit die ukrainische Bevölkerung als nationale Gemeinschaft anzuerkennen. Zudem baut es Distanz zu der mit Russland geteilten sowjetischen Geschichte auf, indem das sowjetische Regime explizit verurteilt wird.

Das Narrativ der zivilisatorischen Mission

Ein Narrativ zivilisatorischer Mission vermittelt den Beitrag einer Nation zu einem gewünschten (internationalen) Gesellschaftszustand. Es dient als Aufruf an andere Völker, die kulturelle und moralische Überlegenheit einer Nation anzuerkennen. Dieses Narrativ ist in allen untersuchten russischen Lehrbüchern, aber nur in einem der untersuchten ukrainischen Lehrbücher zu finden.

Die russischen Lehrbücher stellen die militärischen Aktionen der Roten Armee in Europa als zivilisatorische Mission dar. Sie beschreiben die Befreiung Rumäniens, Bulgariens, Polens, Ungarns, Österreichs und Jugoslawiens durch die Rote Armee und insbesondere die Kapitulation Nazi-Deutschlands. Hierbei wird der 9. Mai 1945 als Tag des Sieges der Sowjetunion über das nationalsozialistische Deutschland hervorgehoben. Dieser Teil des Narrativs dient als moralischer Aufruf, die Leistungen der russischen Nation zur Rettung Europas anzuerkennen. Ferner schildern die Bücher die Beziehungen der Sowjetunion zu den Alliierten, den Krieg der Sowjetunion gegen Japan, dessen Kapitulation am 2. September 1945 und das Ende des Zweiten Weltkrieges sowie schließlich die Eingliederung fernöstlicher Territorien in die Sowjetunion und ihren gewachsenen Einfluss in dieser Region. Hierdurch wird die Sowjetunion als Weltmacht dargestellt und dazu aufgerufen, das heutige Russland als Nachfolger der Sowjetunion und als den westlichen Ländern gleichberechtigt zu betrachten.

Zwei der analysierten ukrainischen Lehrbücher beschreiben die militärischen Aktionen der Roten Armee in Europa überhaupt nicht. Einzig das Buch von Kultschyzyk und Lebedewa (2011) schildert diesen Punkt und betont die Leistung des ukrainischen Volkes und der anderen Völker der Sowjetunion (ein-

schließlich der russischen und belarussischen Bevölkerung). Alle Lehrbücher jedoch heben die Kapitulation Nazi-Deutschlands und den Tag des Sieges hervor, und sie betonen den materiellen und technischen Beitrag des ukrainischen Volkes zum Sieg. Somit dient das Narrativ hier hauptsächlich als Aufruf, die Leistung der ukrainischen Bevölkerung zur Rettung der europäischen Gemeinschaft anzuerkennen.

Fazit

Dieser Beitrag vermittelt ein Grundverständnis davon, welche Bedeutung der Zweite Weltkrieg in den heutigen postsowjetischen Ländern für die Konstruktion nationaler Zugehörigkeit besitzt. Wie die Untersuchung der Geschichtslehrbücher ergibt, schließt die Formierung nationaler Identität nicht nur die heutigen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine ein, sondern auch ihre Beziehungen zu den europäischen bzw. zu den westlichen Ländern insgesamt. Die Analyse der historischen Narrative deckt hierbei auf, wie stark sich die Vorstellungen über das Nationalterritorium und die Nationalgemeinschaft zwischen Russland und der Ukraine unterscheiden.

Zudem zeigt die Analyse, dass die russischen Lehrbücher insbesondere ein Narrativ der zivilisatorischen

Mission, die ukrainischen Bücher vor allem ein Narrativ des Leidens verwenden. Hierdurch porträtieren die russischen Bücher den Zweiten Weltkrieg als heroisches Ereignis, das die Sowjetunion (bzw. Russland) zur Großmacht erhob, und legitimieren dadurch die Teilnahme Russlands an der Weltpolitik. Die ukrainischen Lehrbücher dagegen stellen den Krieg als tragisches Ereignis dar und betonen die dramatische Lage des ukrainischen Volkes zwischen zwei totalitären Regimes, wodurch sie das Recht des ukrainischen Volkes auf einen eigenen Nationalstaat hervorheben.

Aufgrund seiner Kürze diskutiert dieser Beitrag einige Aspekte der Narrative nicht – beispielsweise die Argumentationsstrategien in der Darstellung historischer Figuren und ihrer Motive, die sprachlichen Besonderheiten des Diskurses oder die didaktischen Mittel der Geschichtsvermittlung. Zudem kann hier nicht dargestellt werden, wie kontrovers einige Interpretationen der historischen Figuren und Ereignisse in den Lehrbüchern sind. Schließlich wird in diesem Beitrag auch nicht auf die Frage eingegangen, inwiefern sich die Schüler/innen die Ideen der Lehrbücher auch zu eigen machen, da hierbei neben der Ausgestaltung des Schulunterrichts auch das familiäre Umfeld und die Medien eine wesentliche Rolle spielen.

Über die Autorin

Lina Klymenko promovierte an der Universität Wien in Politikwissenschaft und forscht heute als Postdoktorandin am Karelischen Institut der Universität Ostfinlands (Itä-Suomen Yliopisto). Die Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Erinnerungspolitik und Politik der nationalen Identität in postsowjetischen Ländern. Für mehr Informationen siehe http://www2.uef.fi/en/ktl/lina_klymenko.

Dieser Beitrag entstand in Anlehnung an: Klymenko, Lina, 2016. Narrating the Second World War: History Textbooks and Nation-Building in Belarus, Russia, and Ukraine. *Journal of Educational Media, Memory, and Society* (im Druck).

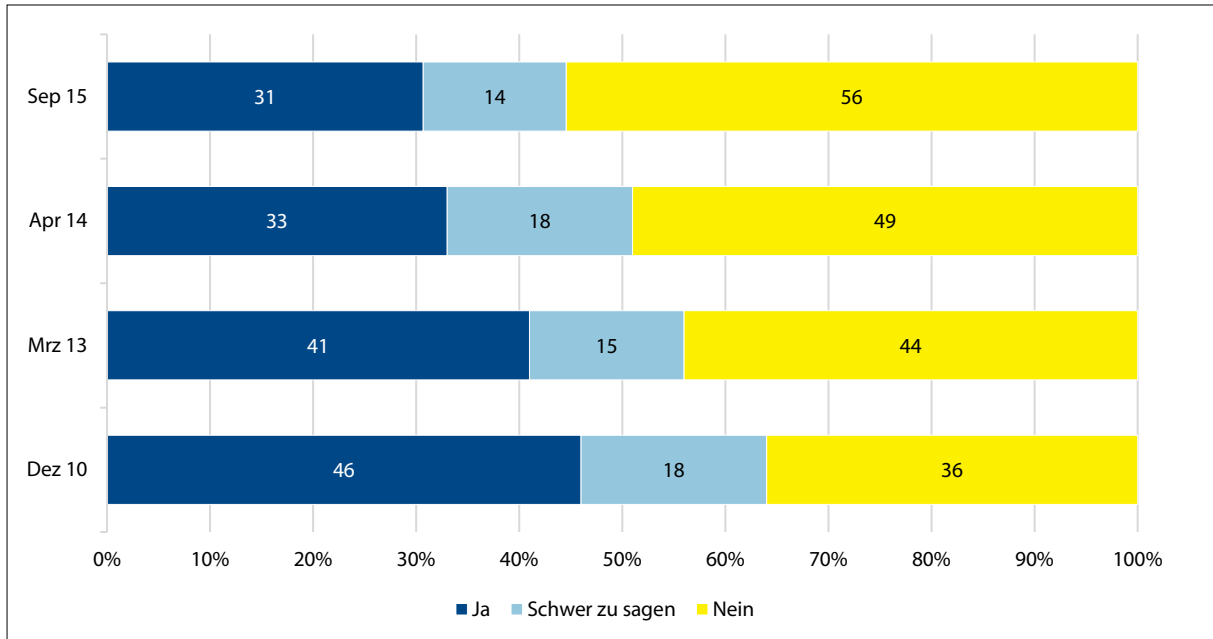
Lesetipps

- Myeshkov, Dmytro: Die Geschichtspolitik in der Ukraine seit dem Machtwechsel im Frühjahr 2014, in: Ukraine-Analysen Nr. 149 vom 15.04.2015, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen149.pdf>>
- Myshlovska, Oksana, Andre Liebich: Stepan Banderas Nachleben wird gefeiert, in: Ukraine-Analysen Nr. 140 vom 5.11.2014, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen140.pdf>>
- Simon, Gerhard: »Ukrainisierung: Krise und Krieg führen das Land zusammen«, in: Ukraine-Analysen Nr. 135 vom 24.06.2014, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen135.pdf>>

UMFRAGE

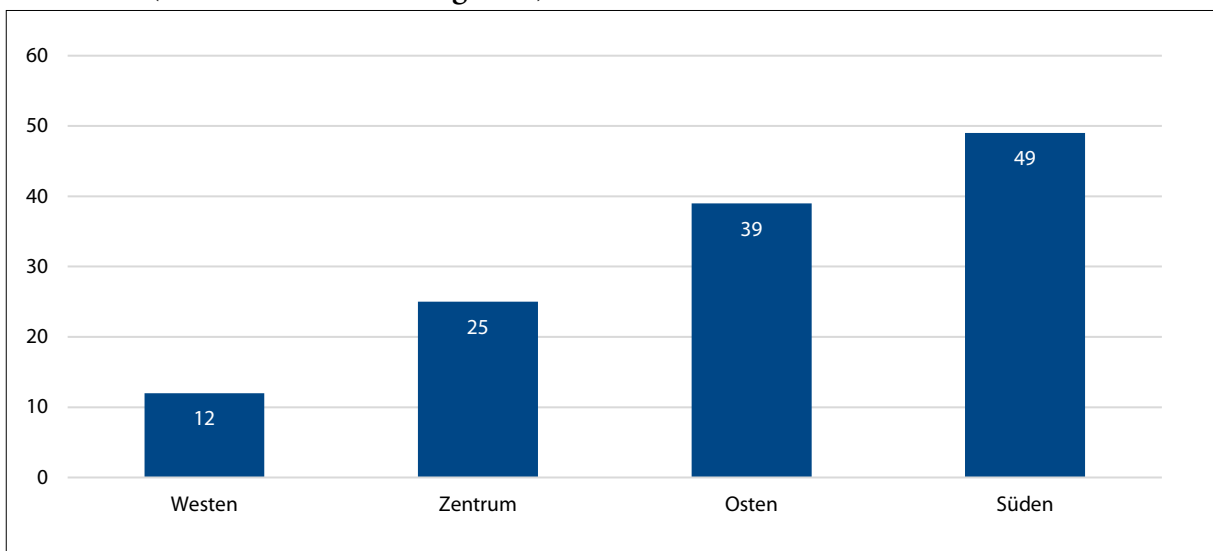
Die Sehnsucht nach der Sowjetunion in Umfragen

Grafik 1: Bereuen Sie jetzt den Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991?



Quelle: repräsentative Umfrage der soziologischen Gruppe »Rating« (N=1800), <http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/dinamika_nostalgii_po_sssr.html>

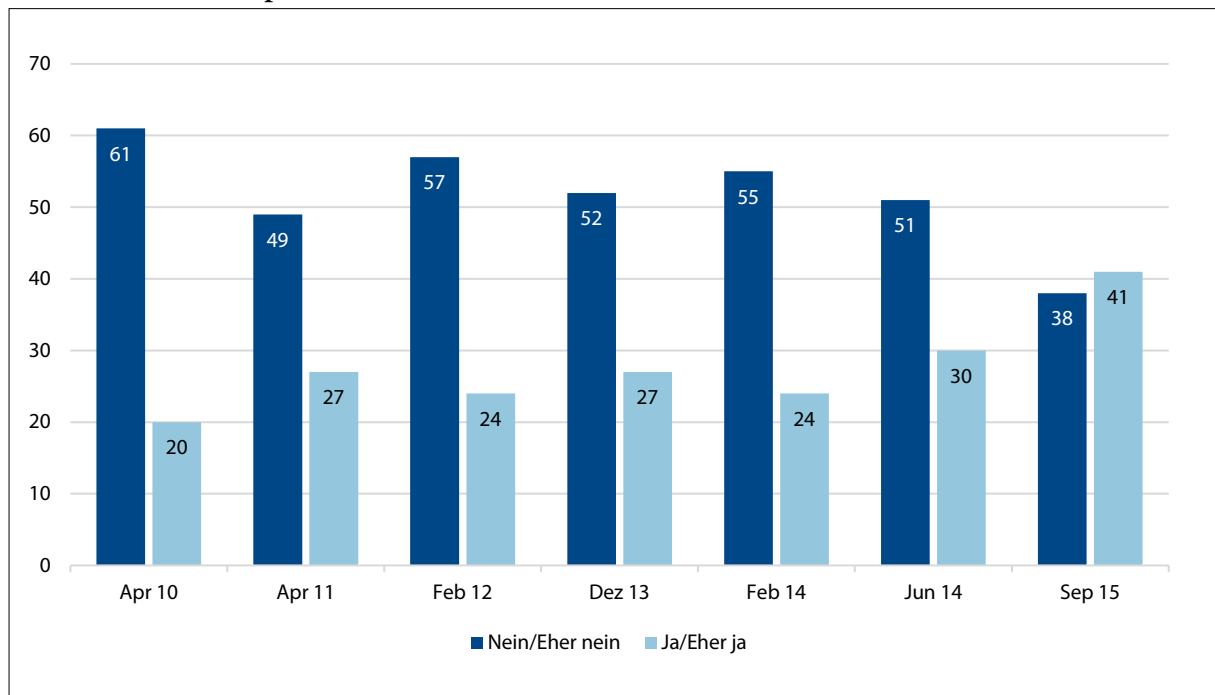
Grafik 2: Prozent derjenigen, die den Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 bereuen (Oktober 2015, nach Regionen)



Quelle: repräsentative Umfrage der soziologischen Gruppe »Rating« (N=1800), <http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/dinamika_nostalgii_po_sssr.html>

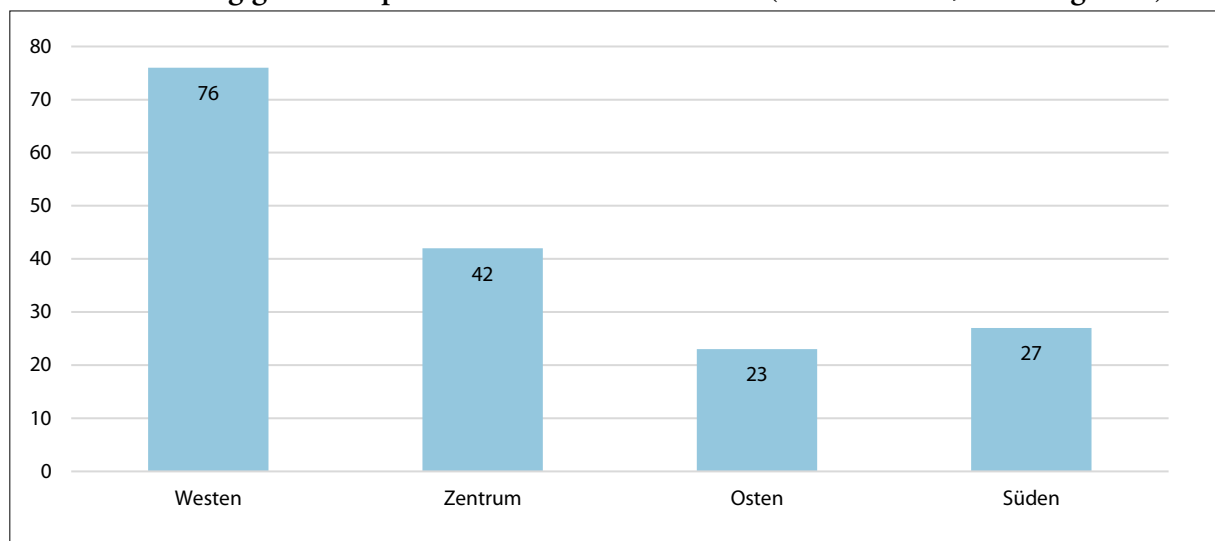
Befürwortung der OUN-UPA in Umfragen

Grafik 1: Befürworten Sie die Anerkennung der OUN-UPA als Teilnehmer des Unabhängigkeitskampfes der Ukraine?



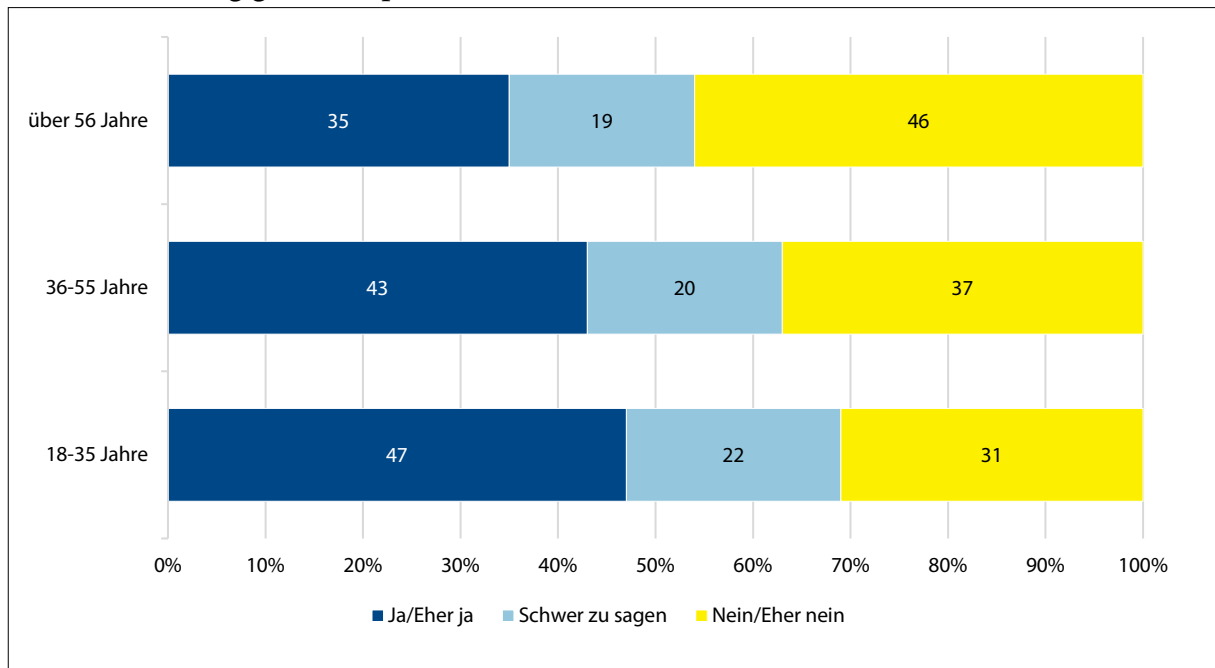
Quelle: repräsentative Umfrage der soziologischen Gruppe »Rating« (N=1800), <http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/dinamika_otnosheniya_k_priznaniyu_oun-upa.html>

Grafik 2: Prozent derjenigen, die die Anerkennung der OUN-UPA als Teilnehmer des Unabhängigkeitskampfes der Ukraine befürworten (Oktober 2015, nach Regionen)



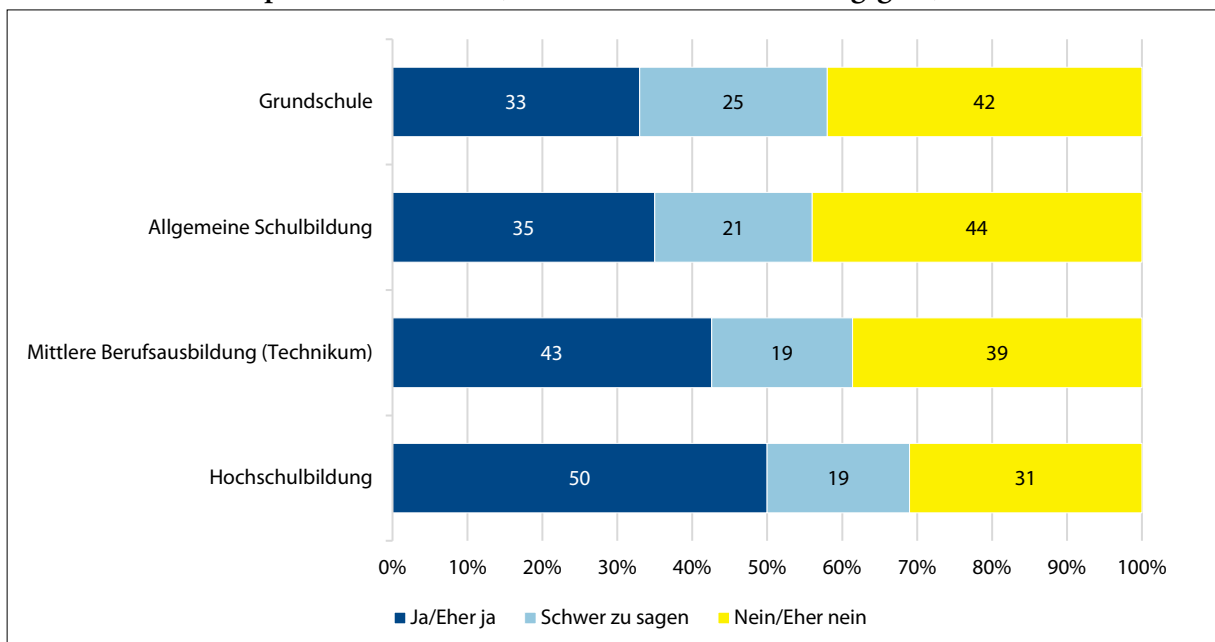
Quelle: repräsentative Umfrage der soziologischen Gruppe »Rating« (N=1800), <http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/dinamika_otnosheniya_k_priznaniyu_oun-upa.html>

Grafik 3: Prozent derjenigen, die die Anerkennung der OUN-UPA als Teilnehmer des Unabhängigkeitskampfes der Ukraine befürworten (Oktober 2015, nach Alter)



Quelle: repräsentative Umfrage der soziologischen Gruppe »Rating« (N=1800), <http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/dinamika_otnosheniya_k_priznaniyu_oun-upa.html>

Grafik 4: Befürworten Sie die Anerkennung der OUN-UPA als Teilnehmer des Unabhängigkeitskampfes der Ukraine? (Oktober 2015, nach Bildungsgrad)



Quelle: repräsentative Umfrage der soziologischen Gruppe »Rating« (N=1800), <http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/dinamika_otnosheniya_k_priznaniyu_oun-upa.html>

Stellungnahme der Venedig Kommission des Europarates zum Dekommunisierungsgesetz (21.12.2015)

Joint Interim Opinion on the Law of Ukraine on the condemnation of the communist and national socialist (Nazi) regimes and prohibition of propaganda of their symbols (CDL-AD(2015)041-e)¹

(...)

III. Executive Summary

9. From the outset, the Venice Commission and OSCE/ODIHR recognise the right of Ukraine to ban or even criminalise the use of certain symbols of and propaganda for totalitarian regimes. Such legislation is not uncommon throughout the Council of Europe and OSCE regions. However, since the regulation affects human rights, in particular the rights to freedom of expression, association, assembly and elections, the legislation needs to comply with requirements set out by the European Convention on Human Rights (ECHR) and other regional or international human rights instruments. While Law no. 317-VIII may be considered as pursuing legitimate aims, its provisions are not precise enough to enable individuals to regulate their conduct according to the law and to prevent arbitrary interference by public authorities. As such, it does not adhere to the three-fold test of legality, legitimacy and necessity in a democratic society. Furthermore, the Law is too broad in scope and introduces sanctions that are disproportionate to the legitimate aim pursued. Any association that does not comply with Law no. 317-VIII may be banned, which is problematic with regard to every individual's freedom of association. This is particularly the case when it comes to political parties, which play a crucial role in ensuring pluralism and the proper functioning of democracy. The banning of political parties from participation in elections or their dissolution should be a measure of last resort in exceptional cases. The Venice Commission and OSCE/ODIHR would encourage the Ukrainian authorities to follow a "multiperspective" approach to Ukraine's history, that allows a shared vision of its past in order to promote social cohesion, peace and democracy.
10. In light of the above, the Venice Commission and OSCE/ODIHR make the following key recommendations for the improvement of Law no. 317-VIII:
- a) *Symbols*: for the purpose of clarity, the Law should contain a less extensive and exhaustive list of the prohibited symbols;
 - b) *Propaganda*: this notion must be clearly defined, especially when it is used for the purpose of criminalising conduct;
 - c) *Denial of crimes*: respective provisions must relate to specific crimes and not to the mere "criminal nature" of a regime as a whole, which is too vague;
 - d) *Sanctions*: only those acts that constitute an actual danger to society should entail criminal responsibility, which should be proportionate to the seriousness of the offence committed. A mere display of a symbol or use of a name should not result in imprisonment; and
 - e) *Banning of associations (notably political parties)*: the Law should clarify that banning any association is a measure of last resort in exceptional cases, proportionate to the offence. This is particularly the case for political parties in the light of their important function in a democratic society.

(...)

Quelle: Venice Commission Opinion no. 823/2015, ODIHR Opinion no. FOE-UKR/280/2015, Strasbourg, Warsaw, 21 December 2015, <<http://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD%282015%29041-e>>

1 Wir drucken hier die Zusammenfassung (Executive Summary); für das gesamte Dokument siehe die Quellenangabe am Ende des Textes.

Gedenkpraktiken im Jahr 2015 laut den Berichten der OSZE-Beobachtermission

01.01.2015—Birthday of Stepan Bandera

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 18:00 (Kyiv time), 2 January 2015

(...) in Odessa city on 2 January, the SMM monitored a march commemorating the 106th birthday of Stepan Bandera in **Odessa**. Media reported that the march was banned by the city authorities. The SMM observed a court bailiff read out a court decision prohibiting the march to a “Svoboda” party representative who had notified the city council of the march. There were approximately 100 participants, both men and women ranging in age from 20–50. The event passed without incident.

The SMM monitored a march through **Kyiv** city marking the 106th birthday of Stepan Bandera. An estimated 3,500 participants (approx. 70% men) of all ages gathered at Shevchenko Park and marched to Maidan Square carrying “Svoboda” party and “Pravyi Sektor” (Right Sector) party flags. Police was present at the march. The crowd chanted pro-Ukrainian and anti-oligarch slogans before peacefully dispersing around 20:15hrs.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/133341>>

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 1 January 2015, 18:00 (Kyiv time)

On 1 January the SMM monitored the 106th anniversary celebration marking the birthday of Stepan Bandera at the Stepan Bandera monument in **Lviv**. The SMM observed about 150 people, mostly middle aged and elderly men, with 15 police officers present close to the gathering. City and regional administration officials and civic activists laid flowers on the monument.

In **Ivano-Frankivsk** on 1 January the SMM monitored a street parade to commemorate the birthday of Stepan Bandera. The event was organized by members of Ivano-Frankivsk “Svoboda” Party. Approximately 300 people, mainly middle aged men and women, marched through the city centre to the Stepan Bandera monument where the city mayor, the head of the Regional Council and other authorities gave speeches which focused on the need to support the Ukrainian Army in the east. Approximately 20 police officers were visible during the event. The event ended peacefully

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/133336>>

22.01.2015—Day of Unity of Ukraine

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 18:00 (Kyiv time), 22 January 2015

The SMM monitored a “Day of Unity of Ukraine” ceremony in **Kharkiv**. Around 80 participants, both men and women of all ages attended. The national flag of Ukraine and flags of the Svoboda party, Falcon and Azov volunteer battalions and “Pravyi Sektor” (Right Sector) were observed. Approximately 40–50 police were present. The rally ended peacefully.

Approximately 500 people attended the “Day of Unity of Ukraine” ceremony in **Odesa**. Local dignitaries were present. 50 uniformed police were at the location. Around 30 members (approximately equal numbers of men and women, average age 30–40 years) of the “Batkivschyna” (fatherland) Party and the Svoboda Party carried party flags. The ceremony passed without incident.

Around 200 persons of all ages (approximately 60 per cent men) gathered peacefully for the “Day of Unity of Ukraine” anniversary in **Chernivtsi**. Ten police attended. During a separate event in Chernivtsi, representatives of political parties and civil society organizations gave speeches emphasizing national unity. Members of the “Svoboda” party were particularly visible, holding flags and collecting donations for the “Sich” battalion. Four police were present.

On 22 January the SMM monitored a local march in honour of the “Ukrainian Day of Unity” in **Ivano-Frankivsk**. About 1,500 people took part; most were men, although some women and children participated. The “Pravyi Sektor” (Right Sector), “Self Defence” non-governmental organization (from Ivano-Frankivsk region) and “Auto-Maidan” group each organized separate marching columns with their own flags. 15 uniformed police were present.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/135926>>

29.01.2015—the 1918 battle of Kruty

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 18:00 (Kyiv time), 30 January 2015

On 29 January, the SMM monitored in several cities commemorations of the Ukrainian resistance against the Bolsheviks in the 1918 battle of Kruty. On **Kherson's** Svoboda square, around 350 people were present and the speakers focused on similarities between the historic circumstances surrounding the battle and the current conflict in Ukraine. A group of 150–200 participants, led by “Pravyi Sektor” (Right Sector, RS) and Svoboda party activists marched through Ukhakova Street shouting patriotic slogans. In **Odessa's** Shevchenko Park, approximately 150 participants, mostly men under the age of 40 gathered in the commemoration and the SMM observed RS, Svoboda party, “Patriot of Ukraine” and Azov battalion flags. At **Ivano-Frankivsk's** Vichevyi square, the event was organized by the Youth Council, RS and two local NGOs, and was attended by around 600 participants, mostly young men. In Lviv city the SMM monitored a torchlight procession with approximately 300 people, mostly men, including around 100 from the RS most of which were in military fatigues. Similarities were drawn with the on-going conflict. The police was present at all four events and they ended peacefully.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/138296>>

19–20.02.2015—the first anniversary of Maidan.

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 18:00 (Kyiv time), 19 February 2015

The SMM monitored a gathering in front of the **Odessa** regional administration building with some 200 people, mostly middle-aged men, supporters of the *Batkivshchyna* (Fatherland) political party, commemorating the first anniversary of Maidan. The crowd demanded a thorough investigation of the events. Some 60 police were present and the protest ended peacefully.

(...) On 18 February, the SMM monitored a march from the **Ivano-Frankivsk** central square to a memorial cemetery, organized by the Svoboda political party and commemorating the death of Maidan activists one year ago. A column of approximately 600–800 mostly elderly men attended the event which was monitored by some 20 police and ended peacefully.

The SMM monitored a gathering with the participation of around 3,000 male and female students at **Lviv's** Taras Shevchenko monument commemorating the anniversary of the first death at Maidan as well as soldiers killed in the east during the conflict. There were seven police officers at the event which ended peacefully. The SMM also observed a ceremony at the regional State Security Service headquarters in Lviv with around 300 participants commemorating the first anniversary of Maidan.

In the streets around **Kyiv's** Independence Square (Maidan) the SMM observed men in camouflage fatigues preparing for the Maidan commemorations planned for 20 February. (...)

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/142121>>

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 18:00 (Kyiv time), 20 February 2015

In **Kharkiv** on 20 February, the SMM monitored a ceremony marking the first anniversary of events in the city in February 2014. Around 250 people, of all ages (mostly males) were present. Ninety (60 men, 30 women) police officers were present.

In **Lviv** on 20 February, the SMM monitored a commemoration of events in Kyiv in February 2014. The event also marked the deaths of “Anti-Terrorist Operation” (ATO) participants. The commemoration was organised by the Coordination Council of National Resistance Headquarters. Approximately 800 women and 1,200 men, of all ages, held a minute's silence for the deceased, followed by prayers and speeches. Twelve police officers (3 women; 9 men) were present.

The SMM observed commemorations in **Kyiv** on 20 February, marking the first anniversary of the *Institutka* Street shootings, near Maidan. On *Institutka* Street and on Maidan itself, the SMM observed hundreds of people—in small groups or individually—gathered in various commemorations. The atmosphere was peaceful. Dozens of police officers were also present.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/142136>>

22.02.2015—February 2014 events in Kharkiv

Spot report by Special Monitoring Mission to Ukraine, 22 February 2015: explosion in Kharkiv at march commemorating February 2014 pro-Maidan events

On 22 February 2015 at 13:15hrs, an explosion occurred at a pro-Maidan march commemorating the anniversary of February 2014 events in Kharkiv (during which three people died in demonstrations), outside the Palace of Sports on Marshal Zhukova Street (7km east of the city centre). The SMM, who were monitoring the commemoration, heard the blast and felt shockwaves from their position 100m away. The SMM arrived at the scene of the explosion at 13:20hrs, and saw two dead individuals covered with Ukrainian flags and casualties being attended to. The SMM noted the explosion caused no damage to nearby buildings or windows. At 14:45hrs, a police spokesperson and a representative of the prosecutor's office gave a press conference at the scene, confirming that an explosive device killed two (one police officer, and one civilian taking part in the march) and injured eleven, six of whom were police officers.

The SMM observed that the main commemoration had concluded and that approximately 500 participants (approximately equal numbers of men and women and some children) were on Marshal Zhukova Street carrying a 250m long Ukrainian national flag to Liberty Square when the device was detonated. Police confirmed to SMM that the explosion took place at the head of the march which was led by police officers escorting participants to Liberty Square. The police also informed the SMM that the device consisted of the explosive trinitrotoluene (TNT) and shrapnel concealed in a plastic bag and was detonated remotely. According to police, the device was similar to one that exploded at the Moscovyi District Courthouse in Kharkiv (see SMM Daily Report based on information as of 21 January). The incident is being investigated as an act of terrorism according to police.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/142141>>

09.03.2015—the birth of the Ukrainian poet Taras Shevchenko

Latest from the Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM), based on information received as of 18:00hrs (Kyiv time), 9 March 2015

In Kharkiv, Odessa, Ivano-Frankivsk, Chernivtsi, and Kyiv, the SMM observed events commemorating the 201st anniversary of the birth of the Ukrainian poet Taras Shevchenko. All events monitored by the SMM were peaceful, with a significant police presence observed particularly in Kharkiv. There, the SMM observed that around 100 police officers had encircled the Shevchenko monument, and were checking bags of those entering the square. In Kyiv the event in Shevchenko park, which gathered approximately 400 people, mainly middle aged men and women, was attended by the Ukrainian President.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/144336>>

13.04.2015—the Katyn massacre

Latest from OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM), based on information received as of 19:30 (Kyiv time), 13 April 2015

(...) in Kharkiv, on 12 April, the SMM monitored a memorial service dedicated to the 75th anniversary of the Katyn massacre. The ceremony was attended by approximately 60 persons, men and women of different ages. Representatives of both the Orthodox and Catholic churches were also present.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/150811>>

28.04.2015—the Chernobyl catastrophe

Latest from OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM), based on information received as of 19:30 (Kyiv time), 28 April 2015

On 26 April, the SMM monitored a gathering of around 400 people in Lviv, mostly men aged between 50 and 70, commemorating the 29th anniversary of the Chernobyl catastrophe.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/154341>>

08.05.2015—Reconciliation and Commemoration Day

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 19:30 (Kyiv time), 8 May 2015

The SMM observed several official ceremonies for the “Reconciliation and Commemoration Day” in the country. In **Kharkiv**, the SMM observed that approximately 1,000 people were present (mixed gender and age composition, predominantly young and middle-aged people) at the ceremony. The SMM saw about 450 police officers at the event. The SMM monitored the ceremony in **Ivano-Frankivsk**, where approximately 900 people (mixed gender and age composition) gathered in order to commemorate victims of World War II. Approximately 25 police officers were present. In **Odessa**, the SMM saw nearly 500 participants (different ages and an equal number of men and women) and approximately 30 police officers. All events passed peacefully and no security incidents were reported.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/156091>>

09.05.2015—Victory Day

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 19:30 (Kyiv time), 10 May 2015

The SMM monitored a 9 May commemoration at **Dnepropetrovsk**’s General Pushkin Tank Memorial and the nearby Glory Monument organized by the “Opposition Bloc,” the “Soviet Officers’ Union of Ukraine” and the “Anti-fascist Union.” Approximately 300 people of all ages, including numerous war veterans, were present. Many participants wore the St. George ribbon. At a second gathering in a nearby street, the “Commemoration Ceremony for the Anti-Terrorist Operation Heroes” organized by the “Country Defence Foundation”, 200 participants (mostly young and middle-aged men, some women) took part, many of whom wore the remembrance poppy. While the SMM observed heated individual discussions between participants of the opposing rallies, the overall atmosphere was peaceful. The SMM saw around 100 police officers, some wearing riot gear.

In **Kherson** the SMM estimated that 10,000–15,000 persons were gathered in the Park of Glory for 9 May commemorations. Representatives of Pravyi Sektor (Right Sector) and the Samooborona group were in attendance, though without flags and banners following an agreement between the governor, political parties, and local community representatives on abstaining from displays of political insignia during the commemorations. The SMM observed some of the estimated 700–800 police present ordering citizens wearing the St. George ribbons to remove them.

On 9 May at Cathedral Square in **Chernivtsi**, the SMM observed a peaceful commemoration at the war memorial attended by approximately 550 people (mostly men aged over 50 years old). Thirty police were present.

The SMM monitored the laying of wreaths at the Hill of Glory memorial in **Lviv** on 9 May. Dozens of citizens and war veterans attended. Approximately 200 police officers secured the area, including 30 riot police, together with activists from self-defence groups and the Svoboda party. The SMM observed an isolated incident when Svoboda activists removed a St. George ribbon from an elderly man and burnt it.

Official commemorative events in **Kyiv** on 8 May were closed to the public. On 9 May tens of thousands of people gathered in Kyiv to commemorate war veterans. Government officials, members of political parties and citizens laid flowers at monuments in Glory Park and at the World War II museum. Large numbers of law enforcement were present, both uniformed and plainclothes police officers, at all public gatherings. At least four separate groups, numbering from 10–40 people (mainly pensioners, most of whom were female) carried flags and posters associated with the Communist Party to Glory Park. The groups were protected by several rings of law enforcement officers. One group was blocked by 3–4 young men near the park. The police kept the two sides apart and the group was able to proceed. Another group carrying two communist flags were confronted by approximately 10 men (aged between 20–35 years of age) in irregular military uniforms who tore the flags out of their hands.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/156416>>

18.05.2015—the Soviet deportation of Crimean Tatars

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 19:30 (Kyiv time), 18 May 2015

The SMM observed events commemorating the anniversary of the 18 May 1944 Soviet deportation of Crimean Tatars and protesting against the events involving the Russian Federation and Crimea. In **Kyiv**, the SMM followed an event

that included the participation of the Ukrainian President and Prime Minister as well as the Turkish Foreign Minister and the OSCE High Commissioner on National Minorities. Other events included a 17 May gathering in **Kharkiv** of some 100 people, both men and women and of varying ages, organized by Euromaidan activists and with the participation of the local Tatar community—as well as the presence of approximately 30 police officers. The SMM also monitored a similar commemorative event in **Dnepropetrovsk** attended by a small group of 20 people, including the leader of the local Tatar community and members of the Muslim community.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/158871>>

23.05.2015—Day of Heroes

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 19:30 (Kyiv time), 24 May 2015

The SMM monitored several events in **Lviv** commemorating the “Day of Heroes”. On 23 May, approximately two hundred participants of all ages, mostly women, gathered in the city centre, sang the national anthem and formed a human chain symbolizing the strength of civil activism. On 24 May, the Lviv city department of culture organized a flower-laying ceremony at the monument of the chief commander of the Ukrainian Insurgent Army (UPA), Roman Shukhevych, which was attended by approximately 30 participants. Also on 24 May, approximately 1,000 persons, mostly elderly men, attended a procession in the city centre. The participants included representatives and veterans of the Organization of Ukrainian Nationalists (OUN) including members of the OUN volunteer battalion in camouflage uniforms and holding red and black flags, veterans of the UPA, patriotic youth, scout organizations and school students were also present as were several political representatives and nationalist NGOs. The police were present and the events ended peacefully in all cases.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/159866>>

17.07.2015—the downing of Malaysian Airline Flight MH17

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 19:30 (Kyiv time), 17 July 2015

In **Kyiv** as well as at the crash site in **Hrabove** (“DPR”-controlled, 64km north-east of Donetsk), the SMM observed a minute of silence for the victims of the downing of Malaysian Airline Flight MH17 on the occasion of the first anniversary of this tragedy. At the site, the SMM observed about a dozen civilians (different age and gender) gathered near a new-looking stone monument—reading “to the victims of the civil war”. The SMM did not observe any foreigners aside international news crews. Local residents told the SMM that a small workers group had installed the monument two days ago. The interlocutors told the SMM that a “DPR”-organized ceremony had taken place earlier that day, following a service at a local church. They said about 500 people had attended the event—mainly local residents, but also several “DPR” armed personnel. According to the interlocutors, “DPR” leadership including Mr. Zakharchenko attended the ceremony. While leaving Hrabove, the SMM passed a “DPR” convoy of 10 infantry fighting vehicles (BMP) and 30 “DPR” armed members.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/173446>>

08.09.2015—the liberation of the Donbas area at the end of World War II

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 8 September 2015

In **Donetsk** city centre the SMM monitored commemorations of the liberation of the Donbas area at the end of World War II, attended by up to 1,000 people, and organised by Donetsk “city hall”. While present in the city centre, the SMM heard 58 explosions which the SMM assessed to be consistent with artillery or mortar fire between 10:30 and 12:07hrs. The SMM could not confirm the type of weapon or whether the explosions were incoming or outgoing.

Quelle: <<http://www.osce.org/node/181106>>

16.09.2015—the murder of Heorhii Gongadze

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 16 September 2015

In Kyiv, the SMM monitored a gathering of approximately 150 journalists (various ages, both male and female) commemorating the 15th anniversary of the murder of Heorhii Gongadze. The journalists demanded that cases of attacks and intimidation of journalists be effectively investigated. They pointed out that of 36 cases of assaults on journalists in 2015 only three cases were submitted to courts.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/182861>>

14.10.2015—Day of Ukraine’s Defender

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine, based on information received as of 19:30hrs, 14 October 2015

The SMM observed parades and gatherings to mark the “Day of Ukraine’s Defender” held in a number of cities. In Dnepropetrovsk, members of the Dnipro-1 battalion (under the Ministry of Internal Affairs) marched from the regional administration building to the city centre. Five armoured personnel carriers, each of them displaying Dnipro-1 insignia were at the head of the parade. Approximately 80 men in military-type fatigues, 100 civilians (mixed gender and age) and two police platoons (male and female) consisting of approximately 30 officers each participated in the march. In Kyiv, the SMM observed a gathering of members and supporters of Svoboda party and Right Sector (*Pravyi Sektor*), as well as the movements “Congress of Ukrainian nationalists” and “Organization of Ukrainian nationalists” in preparation of the “March of Heroes”. Of approximately 4,000 people (mixed gender and age), at least 200 were wearing various uniforms from different epochs of Ukrainian history. The crowd gathered at Mykhailivska Square and marched through the city centre towards the Lukyanivske detention facility, carrying Svoboda and Right Sector flags. About 600 police officers accompanied the march. Speeches in front of the detention facility were held, expressing dissatisfaction over the Government’s treatment of volunteer battalions and veterans. The march continued towards Podil detention facility where a concert in support of what was referred to as “political prisoners” took place. Approximately 100 National Guard members, 200 regular police and 200 additional riot police and 50 traffic police officers were guarding the major street entrance to the detention facility. At least 2,000 people (mixed gender and age) of which one third dressed in camouflage military-style clothing (some of them with insignia from the Right Sector and various other volunteer battalions) attended the concert. The situation was calm. At around 17:15hrs, the crowd dispersed. In Kharkiv, 500 people (mixed gender and age) gathered in the Memorial Park. Approximately 200 police officers were guarding the area. Local politicians and veterans gave speeches, the national anthem was sung and the crowd laid flowers at the base of the memorial statue. Gatherings were also observed in Mariupol (103km south of Donetsk), Krasnoarmiisk (55km north-west of Donetsk) and Ivano-Frankivsk. The SMM observed about 150 to 350 people (mixed gender and age) gathering in the respective places. Police presence varied from two to about ten.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/192446>>

01.11.2015—the establishment of the West Ukrainian People’s Republic (ZUNR)

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine, based on information received as of 19:30hrs, 1 November 2015

On 1 November in Lviv, the SMM observed approximately 250 people—of mixed age and gender—at a commemoration dedicated to the 97th anniversary of the establishment of the West Ukrainian People’s Republic (ZUNR). The mayor of Lviv, among other people, addressed the crowd. The SMM saw two police cars. The event passed off peacefully.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/196756>>

28.11.2015—Holodomor famine

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine, based on information received as of 19:30hrs, 29 November 2015

On 28 November the SMM observed events remembering the victims of the 1930s Holodomor famine in Chernivtsi (300 people), Kharkiv (200, 100 and 30 people attended in three locations, respectively), Ivano-Frankivsk (250 people), Odessa (20 and 135 people attended in two locations, respectively) and Lviv (30 and 60 people attended in two locations, respectively). All observed events were overseen by law enforcement and passed off peacefully. In Kyiv at the Holodomor Genocide Memorial, during a commemoration ceremony, not open to the public, President Poroshenko honoured the victims of the famine.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/204956>>

Erlasse von Präsident Poroschenko zur Geschichtspolitik

Tabelle 1: Erlasse von Präsident Poroschenko zur Geschichtspolitik

Datum	Nummer	Titel	Kommentar
16.06.2014	529/2014	Über die Feierlichkeiten zum 18. Jahrestag der Verfassung der Ukraine	U. a. Verbreitung von Informationen über Kosakenanführer (Hetman) Pylyp Orlyk, den Autor der ersten ukrainischen Verfassung im Jahr 1710. Der Verfassungsentwurf, der die Trennung der Staatsgewalten in Legislative, Exekutive und Judikative vorsah, war einer der ersten seiner Art in Europa.
21.07.2014	608/2014	Über die Feierlichkeiten zum 23. Jahrestag der Unabhängigkeit der Ukraine	U. a. Blumenniederlegung an Denkmälern für die Unabhängigkeitskämpfer, darunter für die Bürger, die während der Revolution der Würde (November 2013–Februar 2014) gestorben sind.
14.10.2014	806/2014	Über den Tag der Verteidiger der Ukraine	»Der Tag der Verteidiger des Vaterlandes« (23.02.), der einen kommunistischen Ursprung hatte und in der Ukraine seit 1999 offiziell gefeiert wurde, wird durch den »Tag der Verteidiger der Ukraine« (14.10.) ersetzt. Am gleichen Tag wird auch der Tag des Ukrainischen Kosakentums gefeiert.
13.11.2014	871/2014	Über den Tag der Vereinigung der Ukraine	Der 22. Januar wird zum Tag der Vereinigung der Ukraine im Gedenken an die Vereinigung der Ukrainischen Volksrepublik (1917–1921) und der Westukrainischen Volksrepublik (1918–1919) im Jahre 1919.
13.11.2014	872/2014	Über den Tag der Würde und Freiheit	Der 21. November wird zum Tag der Würde und Freiheit im Gedenken an »den Patriotismus und den Mut der Bürger, die im Herbst 2014 und von November 2013–Februar 2014 die demokratischen Werte, Rechte und Freiheiten sowie die nationalen Interessen und das Europäische Entwicklungsmodell verteidigt haben.«
22.12.2014	948/2014	Über die Feierlichkeiten im Jahr 2015 zum Tag der Vereinigung der Ukraine	–

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Erlasse von Präsident Poroschenko zur Geschichtspolitik (Fortsetzung)

Datum	Nummer	Titel	Kommentar
11.02.2015	69/2015	Zum Gedenken an die Heldentat der Teilnehmer der Revolution der Würde und die Erinnerung an die Helden der Himmlichen Hundert	U. a. Errichtung eines Museums über die Revolution der Würde, Installation von Denkmälern, Gedenktafeln, Umbenennung von Straßen, Vergabe von Auszeichnungen und Stipendien im Namen der Opfer der Revolution der Würde
25.02.2015	107/2015	Zum Gedenken an den Großfürsten Wolodymyr von Kiew – dem Schöpfer des mittelalterlichen europäischen Staates der Rus-Ukraine	Während der Regierungszeit des Großfürsten Wolodymyr wurde die Kiewer Rus im Jahre 988 christianisiert. Er wird in der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche als apostelgleicher Heiliger verehrt.
24.03.2015	169/2015	Über die Feiermaßnahmen im Jahr 2015 zum 70. Jahrestag des Sieges über den Nazismus in Europa und dem 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs	In Anknüpfung an die europäische Tradition wird der 8. Mai zum Tag des Gedenkens und der Versöhnung. Ab jetzt werden die Opfer des Zweiten Weltkriegs an zwei Tagen geehrt – am 8. und am 9. Mai.
22.04.2015	228/2015	Über die Feiermaßnahmen zum Gedenken an die Taten der Ukrainischen Sitschower Schützen und zum 100. Jahrestag des Sieges auf dem Berg Makiwka	In Anknüpfung an die Tradition der Kosaken wurde ein Kampfverband der österreich-ungarischen Armee – Ukrainische Sitschower Schützen (USS) – aus Freiwilligen kurz nach Beginn des Ersten Weltkrieges gebildet. Am 4. Mai 1915 errang die Legion USS im Kampf mit Einheiten der russischen Armee am Berg Makiwka einen Sieg.
12.06.2015	334/2015	Über Maßnahmen zur Verbesserung der national-patriotischen Erziehung von Kindern und Jugendlichen	–
24.06.2015	360/2015	Über die Feierlichkeiten zum 24. Jahrestag der Unabhängigkeit der Ukraine	U. a. Gedenken an die Opfer der Revolution der Würde, die Anti-Terror-Operation in den Regionen Donezk und Luhansk
12.08.2015	471/2015	Über Maßnahmen im Zusammenhang mit dem 75. Jahrestag der Tragödie von Babyn Jar	Bei Babyn Jar (bei Kiew) führten SS-Truppen im Jahr 1941 Massenerschießungen von über 33.000 Juden durch.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Erlasse von Präsident Poroschenko zur Geschichtspolitik (Fortsetzung)

Datum	Nummer	Titel	Kommentar
26.08.2015	497/2015	Über die Feierlichkeiten zum Tag der Verteidiger der Ukraine	–
01.10.2015	565/2015	Über die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Studentenrevolution auf Granit	Im Jahr 1990 fand ein gewaltloser Protest der Ukrainischen Sowjetjugend gegen die kommunistische Staatsführung statt. Die Studenten traten auf dem jetzigen Platz der Unabhängigkeit (Maidan) in einen Hungerstreik, der u. a. zu Neuwahlen der Werchowna Rada der Ukrainischen SSR und zum Rücktritt von deren Regierungschef führte.
13.10.2015	580/2015	Über die Strategie der national-patriotischen Erziehung von Kindern und Jugendlichen für die Jahre 2016–2020	–
09.11.2015	633/2015	Über die Feierlichkeiten zum Tag der Würde und Freiheit	–
13.11.2015	635/2015	Über Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Tag der Erinnerung an die Opfer des Holodomor	Gedenken an die Opfer der Hungersnot in der Ukraine in den Jahren 1921–1922, 1932–1933, 1946–1947
30.12.2015	731/2015	Über die Feierlichkeiten im Jahr 2016 zum Tag der Vereinigung der Ukraine	–
22.01.2016	17/2016	Über die Feiermaßnahmen zum 100. Jahrestag der Ukrainischen Revolution 1917–1921	Das Jahr 2017 wird zum Jahr der Ukrainischen Revolution von 1917–1921 erklärt. Zu dieser Zeit wurde ein Staatsbildungsversuch unternommen (z. B. Gründung der Ukrainischen Volksrepublik, Westukrainischen Volksrepublik), der aber schließlich scheiterte.

Quelle: Offizielle Webseite des Präsidenten der Ukraine, <<http://www.president.gov.ua/>>. Zusammenfassung und Kommentar von der Redaktion der Ukraine-Analysen.

7. Dezember 2015 – 24. Januar 2016

07.12.2015	US-Vizepräsident Joe Biden trifft zu einem zweitägigen Besuch in Kiew ein. Laut Medienberichten wird er unter anderem an Beratungen zur Korruptionsbekämpfung teilnehmen. Das Magazin »Voice of America« berichtet unter Berufung auf einen ranghohen Vertreter des Weißen Hauses, die USA wollten mit diesem Besuch unterstreichen, dass die Ukraine für die nationalen Interessen der USA weiterhin von großer Wichtigkeit sei.
07.12.2015	Der EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn, erklärt, die Verhandlungen mit der Ukraine über eine Abschaffung der Visa-Pflicht befänden sich auf einem guten Weg. Die Ukraine habe nun alle Dokumente eingereicht. Das Ergebnis der Prüfung werde am 15. Dezember bekanntgegeben.
07.12.2015	Die Presseabteilung des Präsidenten Petro Poroschenko zieht eine Meldung von ihrer Website zurück. Ursprünglich hatte sie berichtet, der Präsident habe sein Veto gegen die Verlängerung eines Moratoriums auf den Verkauf von Land eingelegt. Das Parlament hatte das Moratorium im November 2015 um ein Jahr bis zum 01. Januar 2017 verlängert.
07.12.2015	Der »Präsident« der Krim, Sergej Aksjonow, erklärt, die Krim benötige keinen elektrischen Strom mehr vom ukrainischen Festland. Zuvor hatte die Verwaltung des ukrainischen Gebietes Cherson angekündigt, dass Reparaturarbeiten an einer beschädigten Stromtrasse aufgenommen worden seien. Im November 2015 hatten krimtatarische Aktivisten und ukrainische Nationalisten die Stromversorgung der Krim durch Anschläge auf Strommasten zum Erliegen gebracht.
08.12.2015	Die OSZE-Beobachtermission stellt eine erhöhte Anzahl von Verletzungen der Waffenruhe im Donbass fest.
08.12.2015	Der Internationale Währungsfonds zeigt sich einverstanden mit den Vorschlägen des Finanzministeriums zu einer umfassenden Steuerreform. Zwischen dem Finanzministerium und dem Parlament gibt es jedoch erhebliche Differenzen über die Ausgestaltung des Gesetzespakets. Der IWF stellt dem ukrainischen Staat Hilfskredite zur Verfügung und verlangt im Austausch Reformen. Auch die Kreditprogramme anderer Staaten hängen von einer positiven Beurteilung der ukrainischen Reformen durch den IWF ab.
08.12.2015	Der Staatskonzern Ukrenergo erklärt, dass die Stromversorgung der Krim teilweise wiederaufgenommen worden sei. Die Trasse Kachowska-Titan war zuvor wieder instandgesetzt worden. Der rechtsradikale »Rechte Sektor« erklärt, er beteilige sich nicht mehr an der Blockade der Krim. Die Vertretung der Krimtataren habe ohne Rücksprache mit anderen Kräften entschieden, die Reparatur der Stromtrasse zu gestatten. Zuvor hatten Aktivisten die Reparatur der durch Anschläge beschädigten Stromtrassen blockiert.
08.12.2015	Das Parlament verabschiedet ein vom Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk initiiertes Gesetz zur Schaffung eines Auslandsfernsehsenders. Dieser solle dabei helfen, ein positives Bild der Ukraine im Ausland zu etablieren und zum internationalen Dialog beitragen.
08.12.2015	In den Medien kursieren Gerüchte, nach denen die Staatsanwaltschaft des Gebietes Odessa gegen den Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk ermittle. Er sei, so ein Bericht des Magazins »The Times«, an der Veruntreuung eines Staatsunternehmens in Odessa beteiligt. Jazenjuks Presseabteilung streitet die Vorwürfe ab. Beobachter vermuten, dass die Vorwürfe im Zusammenhang mit Spannungen zwischen Jazenjuk und dem Präsidenten Petro Poroschenko stehen. Der auf Poroschenkos Einladung zum Gouverneur von Odessa aufgestiegene ehemalige georgische Präsident Michail Saakaschwili hatte bereits zuvor Jazenjuk indirekt der Korruption beschuldigt.
08.12.2015	Informationsminister Jurij Stez reicht sein Rücktrittsgesuch ein. Er erklärt, dass er bereits bei Antritt des neu geschaffenen Postens vor einem Jahr lediglich ein Jahr lang im Amt bleiben wollte. Stez verteidigt das Ministerium gegen Anschuldigungen, die Zensur ausgebaut zu haben.
09.12.2015	Die trilaterale Kontaktgruppe aus Vertretern der OSZE, der Ukraine und Russlands einigt sich auf einen ersten Plan zur Minenräumung im Donbass.
09.12.2015	Finanzministerin Natalia Jaresko kündigt an, im Jahr 2016 die Staatsausgaben auf 41 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu kürzen. Im Jahr 2014 hätten sie 46 Prozent betragen.
09.12.2015	Der Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, Ajwaras Abromawitschus, erklärt, das Jahr 2015 sei in Bezug auf die Einwerbung ausländischer Investitionen nicht besonders erfolgreich gewesen. Für das kommende Jahr plane man, Investitionen in Höhe von 5 Milliarden US-Dollar anzuziehen.
10.12.2015	Die Organisation Global Financial Integrity berichtet, dass zwischen 2004 und 2013 aus der Ukraine etwa 116 Milliarden US-Dollar illegal abgeflossen seien.

10.12.2015	Das Parlament verabschiedet ein Gesetzespaket zur Reform des Staatsdienstes. Unter anderem sollen politische und administrative Tätigkeiten in Ministerien stärker getrennt werden. Einstellungen sollen künftig nur nach transparenten Ausschreibungen erfolgen.
10.12.2015	Der stellvertretende Leiter der OSZE-Beobachtermission, Alexander Hug, beklagt, dass beide Seiten des Konflikts einander beschuldigen, für den Tod einer Zivilistin am 04. Dezember 2015 im Ort Sajzewe im Donbass verantwortlich zu sein, anstatt die Anstrengungen zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen auszubauen. Der russische Fernsehsender LifeNews habe in einem Bericht über den Beschuss des Ortes Aufnahmen gezeigt, die nachweislich von einem anderen Ort stammten.
10.12.2015	Das Ministerkabinett verabschiedet eine Kompromisslösung zur Steuerreform. Die Regierung erklärt, dass auf Basis des Gesetzes, das nun dem Parlament vorliegt, eine Fortführung des Hilfsprogramms des Internationalen Währungsfonds möglich sei.
10.12.2015	Der russische Energieminister Aleksandr Nowak erklärt, Russland habe seine Lieferungen von Kohle zur Stromerzeugung in die Ukraine wieder aufgenommen. Die Lieferungen waren im Zusammenhang mit der unterbrochenen Stromlieferung von der Ukraine auf die Krim ausgesetzt worden. Diese wurde am 08. Dezember 2015 wieder aufgenommen.
11.12.2015	Bei der jährlichen Aussprache des Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk kommt es im Parlament zu einer Rangelei. Der Abgeordnete des Blocks Petro Poroschenko, Oleh Barna, greift Jazenjuk tätlich an und wird daraufhin aus der Fraktion ausgeschlossen.
11.12.2015	Der Minister für Infrastruktur, Andrij Piwowarskij, erklärt, dass er im Laufe der kommenden Wochen aus persönlichen Gründen von seinem Amt zurücktreten werde. In einer Rede beklagt er die schlechte durchschnittliche Bezahlung in seinem Ministerium.
11.12.2015	Der stellvertretende UN-Generalsekretär, Jan Eliasson, erklärt, die Lage im Donbass drohe weiterhin zu eskalieren. Die Mehrheit der Beschlüsse von Minsk seien noch nicht umgesetzt worden. Dies gefährde den politischen Prozess insgesamt.
12.12.2015	Im Donbass kommt es weiterhin zu Kämpfen. Der ukrainische Generalstab meldet, dass ein Soldat der ukrainischen Armee nahe dem Dorf Peski im Gebiet Donezk ums Leben gekommen sei.
13.12.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, dass die Ukraine ihren Gasverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um 25 Prozent gesenkt habe.
14.12.2015	Der Direktor des neu gegründeten Antikorruptionsbüros, Artem Sytnyk, beklagt, dass einige Parlamentsabgeordnete das Ermittlungsbüro für Informationskampagnen nutzen würden. Das Gesetz verpflichte die Behörde dazu, jede eingereichte Beschuldigung in ein zentrales, öffentliches Register einzutragen und Ermittlungen einzuleiten. Das Register werde in den Medien oft dazu herangezogen, die eingetragenen Personen mit Korruption in Verbindung zu bringen.
14.12.2015	Bei einer Sitzung des Nationalen Reformrates, geraten der Gouverneur des Gebietes Odessa, Michail Saakaschwili, und der Innenminister Arsen Awakow in heftigen Streit. Beide beschuldigen einander der Korruption. Awakow fordert den ehemaligen georgischen Staatsbürger auf, die Ukraine zu verlassen. Dieser Forderung habe sich nach Berichten Anwesender auch der Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk angeschlossen. Saakaschwili hatte zuvor wiederholt Jazenjuk und Abgeordnete aus dessen Fraktion der Veruntreuung staatlicher Mittel beschuldigt. In einer Pressekonferenz am Abend bezichtigt Saakaschwili Awakow, unterschlagene Summen zur Unterhaltung illegaler, privater Kampftruppen zu verwenden.
15.12.2015	Ein russisches Gericht verurteilt den ukrainischen Staatsbürger Walentyn Wygowskyj wegen Spionage zu elf Jahren Lagerhaft. Ermittlung und Prozess waren unter strengen Geheimhaltungsaufgaben geführt worden. Die Verteidigung kündigt an, in Revision zu gehen. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin verurteilt die Strafe.
15.12.2015	Präsident Petro Poroschenko, Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk und Parlamentssprecher Wolodymyr Hrojsman rufen in einer gemeinsamen Ansprache zu Geschlossenheit auf. Der eingeschlagene Weg der Reformen müsse fortgesetzt werden, damit die Ukraine bald EU- und NATO-Mitglied werde. Dazu müssten vor allem die Streitkräfte gestärkt sowie die Staatsfinanzen stabilisiert werden, um die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds fortzusetzen. Explizit wird in dem gemeinsamen Dokument einer Entlassung des Ministerpräsidenten eine Absage erteilt. In der Vergangenheit waren immer wieder Gerüchte über Spaltungen innerhalb der Regierungskoalition publik geworden: Beispielsweise hatte der Gouverneur des Gebietes Odessa, Michail Saakaschwili, der Poroschenko nahesteht, schwere Vorwürfe gegen Jazenjuk erhoben.

16.12.2015	Der Vizepräsident des Weltkongresses der Krimtataren, Lenur Isljamow, erklärt, dass Krimtataren und ukrainische Nationalisten zu Beginn des kommenden Jahres die Seewege zur von Russland annektierten Halbinsel blockieren werden. Die Aktivisten hatten zuvor bereits mehrere Tage die Zufahrt zur Krim für LKW blockiert und die Reparaturarbeiten an beschädigten Stromtrassen wochenlang unterbunden.
16.12.2015	Die Regierung verbietet den Handel mit der Krim. Das Verbot erstreckt sich auf Waren und Dienstleistungen, ausgenommen sind lediglich humanitäre Hilfslieferungen. Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, das Verbot trete nach Ablauf einer Frist von 30 Tagen in Kraft. Ausgenommen sind Grundnahrungsmittel im Umfang von weniger als 50 Kilogramm und unter einem Wert von 10.000 Hrywnja (etwa 380€). Auch Elektrizität wird weiter geliefert.
16.12.2015	Der russische Präsident Wladimir Putin weist das Parlament an, einseitig das Freihandelsabkommen mit der Ukraine, das im Jahr 2011 unterzeichnet worden war, zu kündigen. Er begründet den Schritt mit dem Abkommen über eine Freihandelszone zwischen der EU und der Ukraine, das am 01. Januar 2016 in Kraft tritt.
17.12.2015	Ein Kiewer Verwaltungsgericht verbietet die Tätigkeit der Kommunistischen Partei der Ukraine. Das Urteil basiert auf dem Gesetz zum Verbot von Symbolik und Ideologie kommunistischer und nationalsozialistischer Regime, das im April 2015 verabschiedet worden war.
17.12.2015	Ein russisches Gericht verlängert die Untersuchungshaft der ukrainischen Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko bis zum 16. April 2016. Sie war im Juli 2014 in Russland aufgegriffen und der illegalen Überquerung der Grenze sowie des Mordes an zwei russischen Journalisten in der Ukraine beschuldigt worden. Sie bestreitet die Vorwürfe.
17.12.2015	Die EU stellt der Ukraine fünf Millionen Euro im Rahmen eines Kreditprogramms zur Verbesserung der Energieversorgung zur Verfügung.
18.12.2015	Der stellvertretende Leiter der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug bezweifelt die Korrektheit der von den Separatisten der »Volksrepublik Donezk« abgegebenen Informationen zu Waffen in ihrem Besitz. Es sei unwahrscheinlich, dass die Angriffe der Truppen im letzten Jahr mit dieser geringen Anzahl von Waffen durchgeführt werden konnten. Er beklagt zudem, dass Beobachtern auf dem Gebiet der »Volksrepublik« immer wieder der Zutritt zu bestimmten Gebieten verweigert werde.
18.12.2015	Die Regierung untersagt die Rückzahlung des russischen Kredits in Höhe von drei Milliarden US-Dollar, den Russland der Ukraine im Herbst 2013 gewährt hatte und dessen Zahlungsfrist im Dezember 2015 abläuft. Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, man werde das Geld nicht zurückzahlen, bis man sich mit Russland auf die Restrukturierung der Schulden geeinigt oder ein Gericht eine entsprechende Entscheidung getroffen habe.
18.12.2015	Präsident Petro Poroschenko legt sein Veto gegen ein Gesetz zur Restrukturierung von Krediten in Fremdwährung ein. Das Gesetz, das das Parlament im Juli 2015 verabschiedet hatte, sieht vor, dass alle Kredite, die ukrainische Staatsbürger bei ukrainischen Banken in Fremdwährung aufgenommen haben, zu dem Wechselkurs zurückgezahlt werden müssen, der zum Zeitpunkt ihres Abschlusses galt. Da die ukrainische Hrywnja in den vergangenen zwei Jahren erheblich an Wert verloren hat, würde dieses Vorgehen einen enormen Verlust für die Banken darstellen. Die ukrainische Zentralbank, Finanzministerin Natalja Jaresko sowie zahlreiche Abgeordnete hatten Poroschenko gebeten, sein Veto einzulegen.
19.12.2015	Außenminister Pawlo Klimkin äußert die Hoffnung, dass die EU in fünf bis sieben Monaten den ukrainischen Bürgern die visafreie Einreise gestatten könnte. Zuvor hatte die EU-Kommission den sechsten Bericht der Ukraine über die Erfüllung der gestellten Bedingungen entgegengenommen. Dazu zählen unter anderem die Reformierung der Staatsanwaltschaft und die Schaffung einer unabhängigen Behörde zur Bekämpfung der Korruption.
19.12.2015	Die Venedig-Kommission des Europarates teilt mit, dass das ukrainische Gesetz zum Verbot von Symbolik und Propaganda kommunistischer und nationalsozialistischer Regime nicht mit europäischen Standards übereinstimme. Zwar sei das Verbot grundsätzlich möglich, in der jetzigen Fassung verletze es aber das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Der Terminus »Propaganda« müsse im Gesetzestext eingegrenzt werden.
19.12.2015	In Kiew demonstrieren mehrere hundert Anhänger rechtsradikaler und nationalistischer Gruppen für die Verdächtigen im Mordfall des Journalisten Oles Busyn. Er hatte pro-russische Positionen vertreten und war im April 2015 ermordet worden. Die Beschuldigten Andryj Medwedko und Denis Polischtschuk gehören der rechtsradikalen Partei »Freiheit« bzw. dem »Rechten Sektor« an.
19.12.2015	Präsident Petro Poroschenko entlässt drei Gouverneure ohne Angabe von Gründen: Michail Sahorodnyj (Gebiet Chmelnyzkyj), Andryj Putilow (Gebiet Cherson), und Hrygoryj Samardak (Gebiet Zaporischschja).
21.12.2015	Finanzministerin Natalja Jaresko erklärt, dass die Regierung zweiten Halbjahr 2016 die staatliche Parteienfinanzierung einführen werde. Pro Jahr sollen demnach 400 Millionen Hrywnja (etwa 15 Millionen Euro) zur Verfügung stehen.

21.12.2015	Laut dem russischen Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Aleksej Uljukaew, verlaufen die trilateralen Gespräche zwischen der EU, Russland und der Ukraine zur Freihandelszone zwischen der EU und der Ukraine bisher ergebnislos. Der Vertrag tritt am 01. Januar 2016 in Kraft. Der russische Ministerpräsident Dimitrij Medwedew erklärt unterdessen, Russland werde am 01. Januar 2016 als Konsequenz des Assoziationsabkommens höhere Zölle für die Einfuhr ukrainischer Waren erheben. Uljukaew betont, dass auch nach Inkrafttreten des Vertrages die Gespräche weitergeführt werden.
22.12.2015	Die Fraktion der Partei »Selbsthilfe«, die Teil der Regierungskoalition ist, droht damit, im Parlament nicht mehr abzustimmen, bis für die ostukrainische Stadt Krywyj Rih Neuwahlen angesetzt werden. Dort war ein Kandidat der Partei für das Bürgermeisteramt bei der Stichwahl mit 752 Stimmen dem Kandidaten des Oppositionsblocks unterlegen und hatte Wahlfälschungen beklagt.
22.12.2015	Das Parlament entzieht dem Abgeordneten der Fraktion »Volksfront« Mykolaj Martynenko das Mandat. Ihm wird Korruption vorgeworfen, in der Schweiz wird gegen ihn ermittelt. Martynenko steht dem Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk nahe. Das Parlament entzieht auch einer Abgeordneten der »Radikalen Partei«, Słata Ognewitsch, das Mandat. Beide hatten zuvor offiziell um die Entlassung gebeten.
22.12.2015	Die trilaterale Kontaktgruppe aus Vertretern Russlands, der Ukraine und der OSZE einigt sich auf einen Waffenstillstand entlang der Front im Donbass. Dort war es in den vergangenen Tagen wieder vermehrt zu Schusswechseln gekommen. Der Waffenstillstand soll in der Nacht zum 23. Dezember 2015 in Kraft treten.
23.12.2015	Die OSZE-Beobachtermission erklärt, sie habe bisher aufgrund blockierter und verminter Straßen nicht in das Dorf Kominternowe östlich von Mariupol im Gebiet Donezk gelangen können. Der ukrainische Generalstab hatte am 2. Dezember 2015 gemeldet, dass separatistische Truppen das Dorf eingenommen hätten. Das Dorf befindet sich in einer Zone, die von keiner der beiden Seiten vollständig kontrolliert wird.
23.12.2015	Das Parlament entlässt den neu ernannten Bürgermeister der Stadt Krywyj Rih im Gebiet Dnipropetrowsk und setzt für den 27. März 2016 Neuwahlen an. Dort war am 17. November 2015 der Kandidat des Oppositionsblocks, Jurij Wilkul, zum Sieger der Stichwahl um das Bürgermeisteramt erklärt worden. Die anderen Parteien hatten Wahlfälschungen beklagt. Abgeordnete des Oppositionsblocks im nationalen Parlament bezeichnen die Entscheidung für Neuwahlen als verfassungswidrig.
24.12.2015	Der Innenminister Arsen Awakow vermeldet auf seiner Facebook-Seite, dass separatistische Truppen die Dörfer Kominternowe, Saitschenko und Wodjane östlich der Hafenstadt Mariupol eingenommen hätten. Am Abend wird vermeldet, dass die Truppen aus Kominternowe wieder abgezogen seien. Alle drei Dörfer befinden sich in einer Zone, die von keiner der beiden Seiten vollständig kontrolliert wird.
25.12.2015	Das Parlament verabschiedet in einer nächtlichen Sondersitzung mehrere Gesetze, u. a. ein Gesetz, nach dem staatliche Anschaffungen in ein Online-Register eingetragen werden müssen, sowie den Staatshaushalt für das Jahr 2016. Dieser sieht auch die Anhebung von Mindestlohn und Existenzminimum vor. Die Ausgaben für Verteidigung betragen 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das Gesetz sieht höhere Ausgaben als Einnahmen vor. Der Abgeordnete des Blocks Petro Poroschenko, Mykolaj Tomenko, tritt aus Protest gegen das Haushaltsgesetz aus der Fraktion sowie aus der Regierungskoalition aus. Er kritisiert, dass das Gesetz zahlreiche Sozialprogramme der Einzelfallentscheidung der Regierung überantworte, was die Gefahr berge, dass sie im Falle nicht ausreichender Mitteln kurzfristig eingestellt würden. Das Gesetz sei vom Internationalen Währungsfonds mitgeschrieben worden, beklagt der Abgeordnete.
26.12.2015	Die OSZE-Beobachtermission veröffentlicht den Bericht einer Patrouille ins Dorf Kominternowe nordöstlich von Mariupol. Laut der befragten Anwohner sind vom 22. bis zum 24. Dezember 2015 Einheiten der »Volksrepublik Donezk« im Dorf präsent gewesen und haben es danach mitsamt ihrer Ausrüstung wieder verlassen. Das Dorf liegt in einer Zone, die von keiner der Konfliktparteien vollständig kontrolliert wird.
27.12.2015	Der Inlandsgeheimdienst SBU teilt mit, dass er nahe der Frontlinie im Gebiet Luhansk drei verdächtige Personen festgenommen habe, die Anschläge u. a. auf Heizkraftwerke geplant hätten.
27.12.2015	Die Situation im Donbass verschärft sich. In Sajzewe kommt eine Zivilistin durch eine Granate ums Leben.
28.12.2015	Der ehemalige Anführer des rechtsradikalen »Rechten Sektors«, Dmytro Jarosch, gibt seinen Austritt aus der Organisation bekannt. Sie sei zum Zweck der Revolution geschaffen worden, und wenngleich diese noch nicht beendet sei, sei das vorrangige Ziel nun der Aufbau des Staates. Jarosch erklärt, er stehe in Opposition zur gegenwärtigen ukrainischen Regierung, halte jedoch gewaltsame Aktionen gegen sie zu diesem Zeitpunkt nicht für zielführend. Er strebe an, mit einigen anderen ehemaligen Mitgliedern des »Rechten Sektors« eine neue Organisation zu gründen. Genaueres wolle er im Februar 2016 bekanntgeben.

28.12.2015	Das Nationale Antikorruptionsbüro nimmt Ermittlungen gegen den ehemaligen Abgeordneten der Partei »Volksfront«, Mykolaj Martynenko, auf. Schweizer Behörden hatten zuvor bestätigt, dass sie ebenfalls gegen Martynenko ermitteln – ihm wird vorgeworfen, in seiner Funktion als Vorsitzender der parlamentarischen Energie- und Nuklearkommission für einen Auftrag des Staatsunternehmens Energoatom vom tschechischen Unternehmen Skoda JK eine Bestechungszahlung in Höhe von 30 Millionen Franken erhalten zu haben. Martynenko steht dem Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk nahe.
28.12.2015	Ein Kiewer Gericht ordnet an, den Unternehmer und Politiker Hennadyj Korban in Untersuchungshaft zu überstellen. Zuvor hatte er unter Hausarrest in Dnipropetrowsk gestanden. Korban, der dem Unternehmer Ihor Koloymojskyj nahesteht, wird vorgeworfen, in die Gründung einer kriminellen Organisation verwickelt und Spendengelder veruntreut und für die Finanzierung illegaler bewaffneter Formationen verwendet zu haben.
29.12.2015	Nach Angaben ukrainischer Medien finden im Donbass erneut vereinzelte Kämpfe zwischen Angehörigen der Armee und den separatistischen Truppen statt.
30.12.2015	Nachdem Präsident Petro Poroschenko am Vortag ein Gesetz unterzeichnet hat, dass es der Regierung erlaubt, Handelsanktionen gegen Russland zu erlassen, kündigt Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk an, die Einfuhr bestimmter russischer Produkte zu untersagen, und auf andere erhöhte Importzölle zu erheben. Diese Maßnahmen seien eine Antwort auf die von Russland verhängten Importverbote ukrainischer Waren zum 01. Januar 2016. Russland hatte damit auf das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen der Ukraine und der EU reagiert.
30.12.2015	Der Direktor der Entwicklungsabteilung des ukrainischen Staatskonzerns Naftohaz erklärt, dass der Konzern die Gebühr für den Transit russischen Erdgases durch die Ukraine nach Westeuropa deutlich erhöht habe. Genaue Angaben macht er nicht.
31.12.2015	Nachdem die Regierung am 16. Dezember 2015 den Handel mit der Krim größtenteils verboten hatte, erklären die Aktivisten der Krimblockade, dass sie ihre Kontrollpunkte an der Landgrenze zur Halbinsel aufheben.
31.12.2015	Präsident Petro Poroschenko erklärt in seiner Neujahrsansprache, dass die Ukrainer im vergangenen Jahr stärker und klüger geworden seien. Er wirft Russland vor, der Ukraine kolossale Verluste zugefügt zu haben und verspricht, dass das Land diese in einigen Jahren aufholen werde.
01.01.2016	Mit Beginn des Jahres tritt der wirtschaftliche Teil des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine in Kraft. Es sieht die sukzessive Absenkung von Zöllen und Handelsbeschränkungen vor, für viele Produktgruppen fallen die Zölle sofort weg. Außerdem sollen innerhalb von sieben Jahren europäische Produktionsstandards eingeführt werden. Das Abkommen war am 27. Juni 2014 unterzeichnet worden, das Inkrafttreten des wirtschaftlichen Teils wurde auf Bitten Russlands jedoch um ein Jahr verschoben. In der Zwischenzeit führten die EU, die Ukraine und Russland Gespräche, um wirtschaftliche Nachteile, die Russland aus dem Abkommen erwachsen könnten, gering zu halten. Die Gespräche verliefen jedoch weitgehend ergebnislos. Russland kündigte daraufhin im Dezember 2015 sein Freihandelsabkommen mit der Ukraine auf und führte zusätzliche Handelsbeschränkungen auf ukrainische Produkte ein.
01.01.2016	Das russische Finanzministerium kündigt an, die Ukraine wegen der bisher ausgebliebenen Rückzahlung eines Kredits in Höhe von 3 Milliarden US-Dollar vor einem englischen Gericht zu verklagen. Russland hatte, damals noch in Verhandlungen mit dem ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsh, der Ukraine den Kredit im Herbst 2013 gewährt. Die offizielle Frist zur Rückzahlung war am 31. Dezember 2015 abgelaufen.
02.01.2016	Auch während der Neujahrsfeierlichkeiten werden immer wieder einzelne Schusswechsel von verschiedenen Orten entlang der Frontlinie gemeldet.
03.01.2016	Verteidigungsminister Stepan Poltorak spricht sich gegen die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht aus. Eine Freiwilligenarmee werde keinen Krieg gewinnen, erklärt er.
04.01.2016	Der Botschafter der Ukraine bei der UN, Wolodymyr Jeltschenko, lädt eine Mission des Sekretariats der Organisation in die Ukraine ein, um die Situation im Donbass zu untersuchen. Er setzt sich für eine Blauhelmmision der UN im Konfliktgebiet ein.
04.01.2016	Der Abgeordnete Wiktor Tschumak erklärt, das Haushaltsgesetz für 2016 enthalte einen Absatz, der die Einführung einer Maßnahme zur Korruptionsbekämpfung verschiebt. So soll die Eintragung aller Vermögensgegenstände von Staatsbediensteten in ein elektronisches Register erst im Jahr 2017 erfolgen. Dieses Register ist jedoch eine Bedingung der EU für die Visaliberalisierung, die bereits Mitte des Jahres 2016 erfolgen soll. Aus dem Ministerkabinett heißt es, der Punkt sei nicht Teil des von der Regierung eingereichten Gesetzentwurfs gewesen, er sei von den Abgeordneten hinzugefügt worden. Justizminister Pawlo Petrenko erklärt, man werde so schnell wie möglich eine Gesetzesänderung einleiten.

04.01.2016	Die Regierung verbietet die Vorführung von Kinofilmen, an deren Produktion Personen beteiligt sind, die laut der ukrainischen Behörden die nationale Sicherheit des Staates gefährden. Auf dieser Liste befinden sich zurzeit 83 Personen, darunter viele Kulturschaffende aus Russland.
04.01.2016	Nach Auskunft des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel unterbindet Russland zurzeit den Transit ukrainischer Produkte, die über Russland in andere Staaten transportiert werden sollen.
06.01.2016	Justizminister Pawlo Petrenko erklärt, im Jahr 2016 werde die Ukraine Russland vor dem Internationalen Gerichtshof wegen der Unterstützung von Terrorismus verklagen.
06.01.2016	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Luhansk«, Ihor Plotnytskyj, kündigt für das orthodoxe Weihnachtsfest die Freilassung mehrerer Gefangener an. Genaue Angaben macht er nicht. Später kommt der Gefangenen-austausch entgegen seiner Ankündigung nicht zustande. Er erklärt, er habe vergeblich versucht, die Verantwortlichen auf ukrainischer Seite zu kontaktieren.
06.01.2016	Ein Berufungsgericht bestätigt das Urteil eines Kiewer Gerichts vom Januar 2013, nach dem ein ehemaliger Mitarbeiter des Innenministeriums, Oleksij Pukatsch, für die Ermordung des Journalisten Georgij Gongadse im Jahr 2000 verantwortlich ist.
06.01.2016	Das Nationale Antikorruptionsbüro leitet Ermittlungen gegen den hohen Militärstaatsanwalt Konstantin Kulik ein, der im Gebiet der »Anti-Terror-Operation« eingesetzt ist. Journalisten hatten ihm im Dezember 2015 vorge-worfen, in den anderthalb Jahren nach Beginn des Einsatzes der ukrainischen Armee im Donbass mehrere teure Immobilien in Kiew erworben zu haben. Auch seine Familienmitglieder hätten in dieser Zeit Immobilien gekauft.
07.01.2016	Nachdem im Jahr 2015 die ukrainische Wirtschaftsleistung um 12 Prozent zurückgegangen war, prognostiziert die Weltbank für das Jahr 2016 ein Wachstum von einem Prozent, für das Jahr 2017 ein Wachstum von 2 Prozent.
07.01.2016	Der »Präsident« der Krim, Sergej Aksjonow, verlängert den Ausnahmezustand auf der Halbinsel bis Mai 2016. Er war im November 2015 eingeführt worden, nachdem die Stromversorgung der Krim infolge von mehreren Anschlägen auf Strommasten in der Ukraine unterbrochen worden war.
08.01.2016	Das Nationale Antikorruptionsbüro nimmt Ermittlungen im Umfeld des Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk auf. Ihor Skosar, ein ehemaliger Abgeordneter der Partei »Vaterland«, hatte bereits im Jahr 2014 erklärt, dass er noch unter Präsident Wiktor Janukowytsch an Jazenjuk sechs Millionen US-Dollar gezahlt habe, um einen Platz auf der Parteiliste zu erhalten. Skosar war im April 2013 aus der Fraktion ausgetreten. Jazenjuk seiner-seits hatte damals erklärt, dass Janukowytsch Skosar und einige andere mit Geldzahlungen dazu bewegt habe.
08.01.2016	Der ehemalige Präsident Leonid Krawtschuk erklärt, der Donbass müsse einen besonderen Status genießen, wenn er Teil der Ukraine bleiben solle. Darauf zu setzen, dass man dort »gewinne«, und die separatistischen Gebiete wieder normaler Teil der Ukraine würden, werde den Krieg nicht beenden.
09.01.2016	Einer Umfrage in den Niederlanden zufolge beabsichtigt eine Mehrheit der Bevölkerung, bei dem für April 2016 angesetzten Referendum zum Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine abzustimmen. Etwa 78 Prozent der Befragten erklärten, sicher oder wahrscheinlich gegen die Ratifizierung des Abkommens zu stimmen. Zwar hatte das Parlament das Abkommen bereits im Jahr 2015 ratifiziert, doch eine Bürgerinitia-tive hatte die nachträgliche Durchführung eines Referendums durchgesetzt. Das Referendum ist rein konsultativ, jedoch muss sich ab einer Wahlbeteiligung von 30 Prozent und im Falle einer Ablehnung die Regierung erneut mit dem Dokument befassen.
09.01.2016	Die OSZE-Beobachtermission berichtet von einigen Serien von Schüssen, die aus dem von Separatisten kontrol-lierten Gebiet der »Volksrepublik Luhansk« abgefeuert worden seien. Außerdem registriert sie auf dem Gebiet mehrere Panzer, die nach den Minsker Vereinbarungen hätten abgezogen werden müssen. In einem Lager der ukrainischen Armee notiert die Organisation das Fehlen einer Haubitze, die bei einer vorangegangenen Kon-trolle dort registriert worden war.
10.01.2016	Die Importbeschränkungen für russische Produkte treten in Kraft. Sie sind eine Reaktion auf die russischen Sanktionen. Diese wiederum waren eine Reaktion auf das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine. Eine Reihe russischer Produkte, darunter Fleischerzeugnisse und Wodka, dürfen zunächst bis zum 5. August 2016 nicht eingeführt werden.
11.01.2016	Präsident Petro Poroschenko erklärt, dass im März oder April 2016 die in der »Anti-Terror-Operation« eingesetz-ten Soldaten abgelöst würden. Dazu sollten neue Wehrdienstleistende eingezogen werden.
12.01.2016	Die OSZE-Beobachtermission stellt mehrere Kameras in dem Dorf Schirokine östlich von Mariupol auf. Dort hatten im Frühjahr vergangenen Jahres heftige Kämpfe zwischen Separatisten und der ukrainischen Armee stattgefunden.

13.01.2016	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk stellt eine neue Eisenbahnroute für Güterverkehr von der Ukraine nach Kasachstan vor, die den Zweck hat, das russische Transitembargo ukrainischer Exportwaren in zentralasiatische Staaten zu umgehen. So sollen die Waren über Georgien und Aserbaidschan nach Kasachstan gelangen, wobei sowohl das Schwarze als auch das Kaspische Meer überquert werden müssen.
13.01.2016	In einer Umfrage der »Rating«-Gruppe beantworten 54 Prozent der Befragten im ukrainisch kontrollierten Teil des Donbass die Frage, ob dort russischsprachige Menschen aufgrund ihrer Sprache unter Druck gesetzt würden, mit »auf keinen Fall«, weitere 28 Prozent wählen die Antwort »eher nein«. 2 Prozent antworten mit »auf jeden Fall«, weitere 9 Prozent mit »eher ja«.
14.01.2016	Die OSZE-Beobachtermission eröffnet zwei neue Basen im Gebiet Donezk. Dies ermögliche eine bessere Kontrolle der Situation und eine schnellere Reaktion im Falle von gemeldeten Zwischenfällen, erklärt der stellvertretende Chef der Mission, Alexander Hug.
14.01.2016	Die Anwälte der beiden in der Ukraine inhaftierten ehemaligen Mitarbeiter des russischen Auslandsgeheimdienstes GRU erklären, dass beide möglicherweise gegen die in Russland zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilten ukrainischen Staatsbürger Oleg Senzow und Oleksandr Kolttschenko ausgetauscht werden könnten. Sie führten entsprechende Gespräche mit dem ukrainischen Geheimdienst SBU, der sich in dieser Frage kooperationsbereit zeige. Auch die russische Seite habe sich einverstanden erklärt. Später bestreitet der SBU, dass seine Kontaktperson zu den Aussagen befugt gewesen sei.
15.01.2016	Nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur Interfax treffen sich die Europabeauftragte des US-Außenministeriums Victoria Nuland und der Berater des russischen Präsidenten, Wladislaw Surkow, in Kaliningrad zu einem sechsstündigen Gespräch über den Konflikt in der Ostukraine. Zum Inhalt des Gesprächs gibt es keine Informationen.
15.01.2016	Das Energieministerium gibt bekannt, dass die Ukraine im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr etwa 21 Prozent weniger Erdgas verbraucht habe. Der Verbrauch der Industrie sei dabei um 19 Prozent zurückgegangen, die Haushalte hätten 22 Prozent weniger verbraucht. Die Wirtschaftsleistung ging nach Einschätzungen der Weltbank unterdessen um 12 Prozent zurück.
16.01.2016	Die OSZE-Beobachtermission eröffnet eine neue Basis im Gebiet Luhansk. Der stellvertretende Chef der Mission, Alexander Hug, erklärt, dies ermögliche eine bessere Kontrolle der Situation und eine schnellere Reaktion im Falle von gemeldeten Zwischenfällen.
16.01.2016	Die OSZE-Beobachtermission meldet, dass einer ihrer Autokonvois auf von Separatisten kontrolliertem Gebiet von Scharfschützen beschossen worden sei. Man habe den Ort umgehend verlassen, Menschen seien nicht zu Schaden gekommen.
17.01.2016	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, dass der Staat pro Jahr aufgrund von Korruption bei der Vergabe von Aufträgen etwa 50 Milliarden Hrywnja (etwa 1,85 Milliarden Euro) verliere.
18.01.2016	Der EU-Kommissar für Nachbarschaftspolitik Johannes Hahn erklärt, dass die EU-Kommission wahrscheinlich noch im ersten Quartal des Jahres 2016 dem Rat einen Vorschlag zur Abschaffung der Visapflicht für ukrainische Staatsbürger machen könne.
18.01.2016	Der staatliche Statistikdienst veröffentlicht aktuelle Arbeitslosenzahlen. Der Anteil der offiziell als arbeitslos Gemeldeten sei im Jahr 2015 um 0,3 Prozentpunkte auf 1,9 Prozent angestiegen. Die tatsächlichen Zahlen könnten allerdings darüber liegen.
19.01.2016	Die Ukraine reicht beim UN-Sicherheitsrat einen Bericht ein, in dem sie die Separatisten beschuldigt, die Waffenruhe entlang der Frontlinie zu verletzen und so die Umsetzung des politischen Teils der Minsker Vereinbarungen zu untergraben.
19.01.2016	Der russische Energiekonzern Gazprom stellt dem ukrainischen Energieunternehmen Naftohaz eine Rechnung über 2,55 Milliarden US-Dollar aus. Naftohaz, das einen »take-or-pay«-Vertrag mit Gazprom abgeschlossen hatte, habe im dritten Quartal des Jahres 2015 weniger Erdgas abgerufen als bestellt und müsse die Differenz nun bezahlen. Man erwarte eine Zahlung innerhalb von zehn Tagen.
19.01.2016	Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier fordert eine schnelle Verabschiedung eines Gesetzes zur Durchführung von Wahlen in den von Separatisten kontrollierten Gebieten. Je länger der Prozess dauere, desto größer sei die Gefahr einer erneuten Eskalation des Konflikts. In den Arbeitsgruppen der Minsker Verhandlungen liefen bereits seit sechs Wochen vorbereitende Gespräche.
20.01.2016	Der Botschafter der Ukraine bei der UN, Wolodymyr Jeltschenko, kündigt für den 23. Januar 2016 das Eintreffen einer UN-Delegation an, die dabei helfen solle, die Minenräumung im Donbass zu koordinieren.

20.01.2016	Die Beauftragte des Präsidenten für die friedliche Lösung des Konflikts im Donbass, Irina Heraschtschenko, nennt die Bedingungen der ukrainischen Seite für die Durchführung von Wahlen in den Separatistengebieten. Dazu müssten dort ukrainische Medien zugelassen werden, die OSZE müsse Zugang zu allen Teilen der »Volksrepubliken« erhalten, insbesondere zur ukrainisch-russischen Grenze, über die die Ukraine wieder volle Kontrolle erhalten müsse. Alle ausländischen Einheiten müssten abgezogen werden.
21.01.2016	Dmitrij Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten, erklärt, man könne die »Krim-Frage« nicht besprechen, da sie nicht existiere. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte zuvor ein diplomatisches Format mit Beteiligung verschiedener Staaten vorgeschlagen, auf dem die Rückgabe der Krim von Russland an die Ukraine besprochen werden solle.
21.01.2016	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission, Alexander Hug, erklärt, dass eine Fortsetzung der Angriffe auf Beobachter den Minsker Prozess gefährden würde. Am 16. Januar 2016 hatten Scharfschützen auf separatistisch kontrolliertem Gebiet einen Konvoi der Organisation beschossen.
22.01.2016	Das Verfassungsgericht erklärt einen Gesetzesvorschlag für eine Verfassungsänderung für verfassungsgemäß. Die Korrekturen betreffen die Organisation der Justiz. So soll das Parlament seine Kompetenzen bei der Ernennung von Richtern an den Hohen Justizrat abgeben. Außerdem sollen Richter zukünftig nur noch eine Teilimmunität genießen: In Bezug auf ihre Urteile sollen sie von Strafverfolgung frei sein, nicht aber in Bezug auf Gesetzesverstöße außerhalb davon.
22.01.2016	Die Schweiz stellt der Ukraine Mittel in Höhe von 200 Millionen US-Dollar zur Verfügung, um ihre Goldreserven aufzufüllen.
23.01.2016	Der Unternehmer und Politiker Hennadyj Korban wird vorerst die Partei »Ukrop« nicht weiter anführen, beschließt das oberste Gremium der Partei. Korban befindet sich zurzeit in Untersuchungshaft, da gegen ihn wegen des Vorwurfs ermittelt wird, er habe veruntreutes Geld für die Finanzierung einer Privatarmee verwendet. Korban steht dem einflussreichen Unternehmer Ihor Kolomojskij nahe.
24.01.2016	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, erklärt, bei den angekündigten Wahlen würden keine ukrainischen Parteien zugelassen, da diese dazu aufrufen würden, gegen den Donbass zu kämpfen.
24.01.2016	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk fordert, eine Verfassungsreform in einem Referendum dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Die Minsker Vereinbarungen sehen eine Änderung der Verfassung vor, die dem Donbass einen Sonderstatus einräumen soll.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

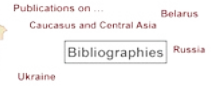
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php